

Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

12/2011

Preisniveau der Eigentumswohnungen in Stuttgart

**Lebensstil und Lebensqualität
Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart“**

Entwicklung der Kirchengliederung in Stuttgart

Erweitertes Datenangebot zur Bevölkerungsstatistik:
Einwohner nach Wohnstatus

Die Entwicklung der Briefwahl zum Massenphänomen
im Spiegel der Bundestagswahlen

Die Region Stuttgart – eine starke europäische
Großstadtregion



Aktuelle Grafik:

Entwicklung der Kirchenzugehörigkeit in Stuttgart Auswertungen aus der kommunalen Einwohnerstatistik	407
---	-----

Kurzberichte:

Erweitertes Datenangebot zur Bevölkerungsstatistik: Einwohner nach Wohnstatus	408
--	-----

Die Entwicklung der Briefwahl zum Massenphänomen im Spiegel der Bundestagswahlen	411
---	-----

Die Region Stuttgart – eine starke europäische Großstadtregion	414
--	-----

Kriegsopferfürsorge in Stuttgart seit 1980	418
--	-----

Hauptbeiträge:

Preisniveau der Eigentumswohnungen in Stuttgart	422
--	------------

Lebensstil und Lebensqualität Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart“	428
--	------------

Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite
----------------------------------	-----------

Impressum:

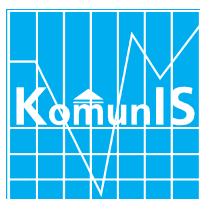
Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 12/2011

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 07 11 2 16-98587, Telefax 07 11 2 16-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Entwicklung der Kirchenzugehörigkeit in Stuttgart Auswertungen aus der kommunalen Einwohnerstatistik

Joachim Eicken, Ansgar Schmitz-Veltin

Im Zeitraum Juli 2009 bis Juni 2010 hat sich der Mitgliederrückgang in den beiden großen christlichen Volkskirchen weiter fortgesetzt. So hat die Zahl der evangelischen Kirchenmitglieder in diesem Zeitraum um 1641 Mitglieder beziehungsweise 1,0 Prozent abgenommen. Die römisch-katholische Kirche hat im gleichen Zeitraum 1235 Mitglieder beziehungsweise 0,9 Prozent verloren. Zur Jahresmitte 2010 gehörten in Stuttgart 162 466 Einwohner der evangelischen Kirche und 140 244 Einwohner der römisch-katholischen Kirche an (jeweils Einwohner am Ort der Hauptwohnung).

Stuttgart verliert den Status als evangelisch geprägte Stadt immer mehr, da die Zahl der Einwohner mit einer anderen oder keiner Religionszugehörigkeit deutlich zunimmt. Bereits seit 1997 ist die Zahl der Einwohner, die weder der evangelischen noch der römisch-katholischen Kirche angehören, höher als die evangelische Bevölke-

rung. Inzwischen liegt deren Anzahl bei 258 734 Einwohnern und damit um 96 268 Einwohner über der Mitgliederzahl der evangelischen Kirche.

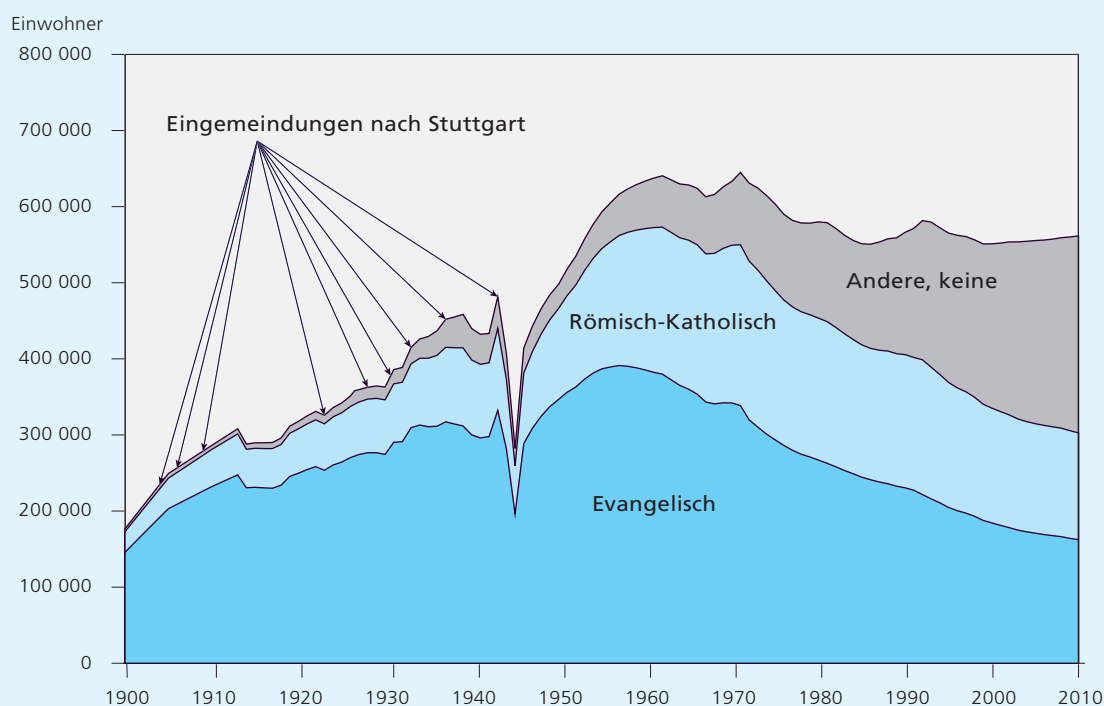
Der Rückgang bei der evangelischen Bevölkerung ist in den vergangenen Jahrzehnten stärker ausgeprägt als bei der römisch-katholischen Bevölkerung, so dass sich die beiden christlichen Volkskirchen in ihrer jeweiligen Mitgliederstärke immer mehr annähern. Die höchste Mitgliederzahl wies die evangelische Kirche in Stuttgart Ende der 50er-Jahre mit ca. 390 000 Mitgliedern auf. Innerhalb von 53 Jahren hat sich damit die Mitgliederzahl der evangelischen Kirche bei einem durchschnittlichen Rückgang von ca. 1,1 Prozent pro Jahr mehr als halbiert. Die römisch-katholische Kirche wies mit 211 279 Mitgliedern im Jahr 1971 die höchste Mitgliederzahl auf. Die durchschnittliche jährliche Schrumpfung seit diesem Höchststand beträgt damit 0,8 Prozent.

Die Ursachen des Mitgliederrückgangs in der evangelischen wie auch in der römisch-katholischen Kirche liegen nicht nur in den Austritten bisheriger Mitglieder, sondern auch in dem Rückgang an Taufen und Kircheneintritten, der starken Alterung (Sterbeüberschuss) und der Abwanderung von Einwohnern, die einer der beiden Volkskirchen angehören – bei gleichzeitiger Zuwanderung von Einwohnern ohne Bindung an die evangelische oder an die römisch-katholische Kirche.

Auch bei differenzierter Analyse der Mitgliederstruktur und -entwicklung ist mittelfristig keine Talsohle des Mitgliederrückgangs in beiden Volkskirchen erkennbar. Daher muss damit gerechnet werden, dass sich auch in den kommenden Jahren der Schrumpfungsprozess in den beiden christlichen Volkskirchen in Stuttgart fortsetzen wird.

407

Abbildung: Einwohner in Stuttgart 1900 bis 2010 nach Religionszugehörigkeit



Erweitertes Datenangebot zur Bevölkerungsstatistik: Einwohner nach Wohnstatus

Ansgar Schmitz-Veltin

Das Statistische Amt der Landeshauptstadt Stuttgart wird seine Berichterstattung zum Thema Bevölkerung zum Jahresbeginn 2012 erweitern. Zwischen 2001 und 2010 wurden ausschließlich Angaben zu den wohnberechtigten Einwohnern veröffentlicht. Die Einwohnerzahlen zum Jahresende 2011 werden nun erstmals nach Wohnstatus differenziert angegeben.

Im Gegensatz zu den Einwohnerdaten auf überregionaler Ebene, beispielsweise die Angaben der Statistischen Landesämter, erlauben die kommunalen Melderegister differenzierte Auswertungen des Wohnstatus. Der Wohnstatus ergibt sich daraus, ob Einwohner mit alleiniger Wohnung, mit Hauptwohnung oder mit Nebenwohnung in einer Gemeinde gemeldet sind. Je nach dem, welcher Einwohnerbegriff verwendet wird, unterscheiden sich die Angaben zur

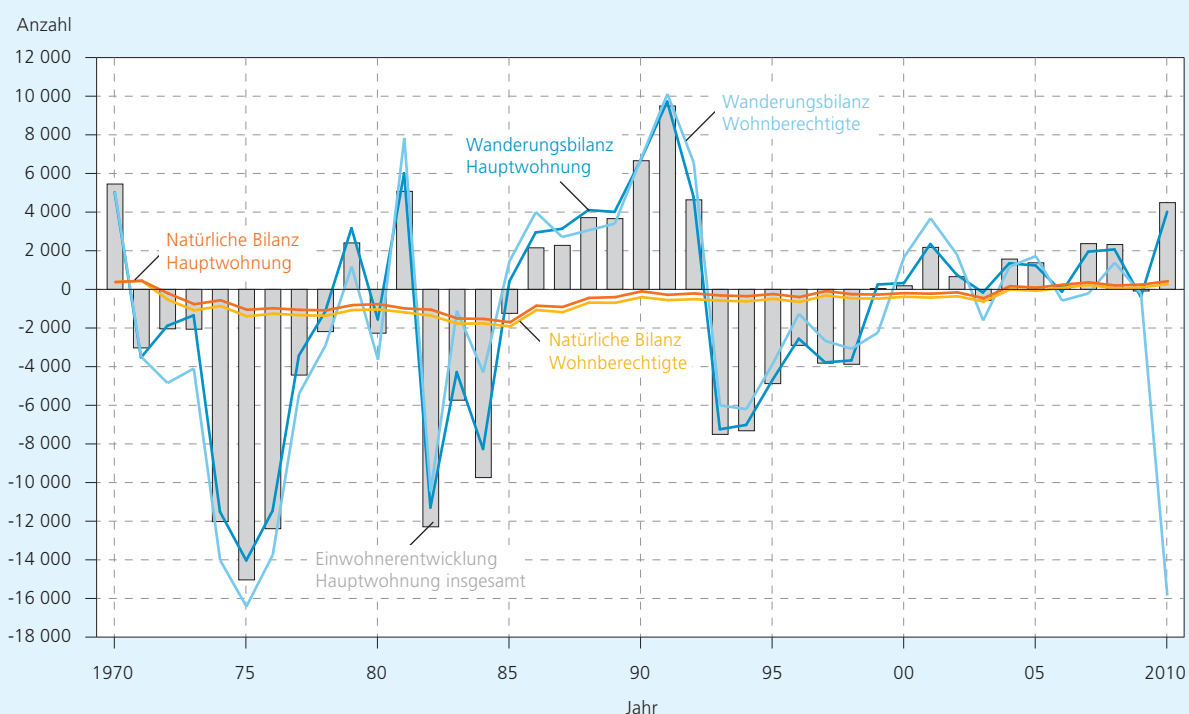
Zahl und Struktur der Bevölkerung. Seit 2001 wurden in Stuttgart ausschließlich die so genannten wohnberechtigten Einwohner ausgewertet. Zu diesen zählen – unabhängig vom Wohnstatus – alle in der Gemeinde gemeldeten Einwohner.¹ Hintergrund der Einführung der Zahl der Wohnberechtigten als zentraler Einwohnerbegriff in Stuttgart war die Bedeutung dieser Größe als maßgebliche Grundlage für die Wohnungs- und Infrastrukturplanung – schließlich müssen auch für die mit Nebenwohnung gemeldeten Einwohner Infrastruktureinrichtungen und Wohnungen vorgehalten werden.²

Gleichzeitig gab es immer wieder Bereiche und Fragestellungen, beispielsweise in der Sozialplanung, der Berechnung von bevölkerungsstatistischen Indikatoren oder bei der überregionalen Vergleichbarkeit, für die Angaben zur Bevölkerung am Ort der

Hauptwohnung die bessere Größe waren. Die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung umfasst nur solche Personen, die mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung gemeldet sind und der Meldepflicht unterliegen. Da auch die amtliche Statistik³ ausschließlich Angaben zur Hauptwohnbevölkerung bereitstellt, wird diese Größe in Stuttgart zukünftig bei Standardveröffentlichungen zu Grunde gelegt. Damit schließt sich das Statistische Amt der Stadt einem auch in anderen Großstädten zu beobachtenden Trend an, dass Angaben zu Wohnberechtigten zunehmend durch Angaben zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung ersetzt werden.

Anders als in der Vergangenheit werden mit der Umstellung jedoch differenzierte Angaben zu Haupt- und Nebenwohnungen Eingang in die Berichterstattung des Amtes finden und so das Datenangebot erweitern:

Abbildung 1: Salden der natürlichen (Geburten-Sterbefälle) und räumlichen (Zuzüge-Fortzüge) Bevölkerungsbewegungen sowie die Einwohnerentwicklung insgesamt in Stuttgart 1970 bis 2010 nach Einwohnerbegriffen



Neben der Zahl der Einwohner mit Hauptwohnung werden zukünftig auch Angaben zur Zahl der Nebenwohnungen gemacht (vgl. Tabelle 1). Besonders deutlich wurde die Bedeutung einer detaillierten Betrachtung des Wohnstatus spätestens bei der Einführung der Zweitwohnungssteuer 2011. Binnen eines Jahres ging die Zahl der Nebenwohnungen hierdurch um rund zwei Drittel zurück.⁴ Zur Jahresmitte 2011 waren 8652 Personen mit Nebenwohnung in Stuttgart gemeldet, zum Jahresbeginn 2010 lag der Wert noch bei über 31 000. In Folge der Steuer sank jedoch nicht nur die Zahl der Nebenwohnungen, die Zahl der mit Hauptwohnung gemeldeten Einwohner stieg gleichzeitig um rund 4000 an, da einige Einwohner ihren Wohnstatus von Nebenwohnung auf Hauptwohnung änderten. Die ausgewiesene Einwohnerzahl des Statistischen Amtes sank im Laufe des

Jahres 2010 von knapp 593 000 auf gut 577 000.

Neben den erweiterten Angaben zum Einwohnerbestand werden zum Jahresbeginn 2012 die Bewegungen (Wanderungen, Sterbefälle etc.) angepasst und standardmäßig nur noch für die Einwohner am Ort der Hauptwohnung angegeben. Hierdurch ändern sich auch die Salden und die jährlichen Einwohnergewinne und -verluste Stuttgarts. Vor allem der natürliche Saldo, die Differenz aus Geburten und Sterbefällen fällt durch die neuen Zahlen positiver aus. Da Geburten auch in der Vergangenheit stets am Ort der Hauptwohnung der Mutter registriert wurden und damit unverändert bleiben, die Zahl der Sterbefälle jedoch geringer ausfallen wird, da nur am Ort der Hauptwohnung Gestorbene betrachtet werden, ergeben sich höhere Werte für den

natürlichen Saldo (vgl. Abbildung 1). Gleichzeitig hat die Umstellung den Vorteil, dass der neue Wert besser mit anderen Datenquellen (andere Städte, Statistisches Landesamt) vergleichbar sein wird und nicht abhängig ist von der Zahl der Nebenwohnungen.

Das in Kürze erscheinende Jahrbuch 2010/2011 wird erstmals detaillierte Angaben zum Bestand und zur Bewegung der Stuttgarter Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung für den Zeitraum 2001 bis 2010 enthalten. Die Tabellen und Abbildungen des Jahrbuches, inklusive der langen Zeitreihen seit 1950, wurden hierfür komplett überarbeitet. Zugleich enthält das Jahrbuch Basiszahlen zur Zahl der Nebenwohnungen und die Entwicklung der wohnberechtigten Einwohner seit 1972.

-
- 1 Haußmann, Michael; Schmitz-Veltin, Ansgar (2011): Einwohnerbegriffe und Datengrundlagen in der kommunalen Bevölkerungsstatistik – Wie viele Einwohner leben in Stuttgart? In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 1/2011, S. 18-25.
 - 2 Lindemann, Utz (2001): Einwohnerbegriffe und kommunale Einwohnerzahl. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 3/2001, S. 79-85.
 - 3 Bevölkerungsstatistik der statistischen Landesämter und des Bundesamtes.
 - 4 Schmitz-Veltin, Ansgar (2011): Entwicklung der Haupt- und Nebenwohnungen in Stuttgart im Jahr 2010. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 5/2011, S. 162-172.

Tabelle 1: Einwohner in Stuttgart seit 1972 nach Wohnstatus und Geschlecht

Jahr ¹	Einwohner			Davon					
	insgesamt	männlich	weiblich	Hauptwohnung			Nebenwohnung		
				zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
1972	656 594	318 412	338 182	630 942	304 263	326 679	25 652	14 149	11 503
1973	650 113	315 636	334 477	624 430	301 491	322 939	25 683	14 145	11 538
1974	640 422	309 221	331 201	614 697	295 279	319 418	25 725	13 942	11 783
1975	628 598	300 860	327 738	603 440	287 330	316 110	25 158	13 530	11 628
1976	614 429	292 729	321 700	589 967	279 565	310 402	24 462	13 164	11 298
1977	607 366	289 471	317 895	581 901	275 669	306 232	25 465	13 802	11 663
1978	603 622	288 143	315 479	578 521	274 570	303 951	25 101	13 573	11 528
1979	601 646	287 726	313 920	578 305	275 153	303 152	23 341	12 573	10 768
1980	601 849	289 899	311 950	579 947	278 274	301 673	21 902	11 625	10 277
1981	602 074	290 600	311 474	578 878	278 320	300 558	23 196	12 280	10 916
1982	595 451	286 279	309 172	571 368	273 673	297 695	24 083	12 606	11 477
1983	587 709	281 317	306 392	562 473	268 168	294 305	25 236	13 149	12 087
1984	584 981	280 623	304 358	555 578	264 411	291 167	29 403	16 212	13 191
1985	582 425	279 375	303 050	551 151	261 851	289 300	31 274	17 524	13 750
1986	582 954	280 591	302 363	551 819	262 773	289 046	31 135	17 818	13 317
1987	586 844	283 397	303 447	555 807	265 591	290 216	31 037	17 806	13 231
1988	589 761	285 136	304 625	559 523	267 694	291 829	30 238	17 442	12 796
1989	591 202	285 921	305 281	562 062	269 319	292 743	29 140	16 602	12 538
1990	598 698	290 899	307 799	568 867	274 126	294 741	29 831	16 773	13 058
1991	608 489	296 847	311 642	578 407	279 846	298 561	30 082	17 001	13 081
1992	613 316	299 480	313 836	582 094	281 878	300 216	31 222	17 602	13 620
1993	607 340	296 284	311 056	575 277	278 126	297 151	32 063	18 158	13 905
1994	600 591	292 538	308 053	568 000	274 143	293 857	32 591	18 395	14 196
1995	595 446	289 714	305 732	562 213	270 895	291 318	33 233	18 819	14 414
1996	594 796	289 829	304 967	560 925	270 695	290 230	33 871	19 134	14 737
1997	591 654	288 822	302 832	558 422	269 857	288 565	33 232	18 965	14 267
1998	588 208	287 335	300 873	554 634	268 248	286 386	33 574	19 087	14 487
1999	585 303	285 981	299 322	551 218	266 752	284 466	34 085	19 229	14 856
2000	586 978	287 062	299 916	551 747	267 215	284 532	35 231	19 847	15 384
2001	589 927	288 800	301 127	553 654	268 451	285 203	36 273	20 349	15 924
2002	591 426	289 938	301 488	554 307	269 160	285 147	37 119	20 778	16 341
2003	589 198	288 711	300 487	553 759	268 915	284 844	35 439	19 796	15 643
2004	590 371	289 579	300 792	555 335	270 034	285 301	35 036	19 545	15 491
2005	592 028	290 853	301 175	556 708	271 126	285 582	35 320	19 727	15 593
2006	591 550	290 517	301 033	556 859	271 124	285 735	34 691	19 393	15 298
2007	591 568	290 704	300 864	559 216	272 551	286 665	32 352	18 153	14 199
2008	593 070	291 691	301 379	561 526	274 024	287 502	31 544	17 667	13 877
2009	592 966	291 873	301 093	561 438	274 297	287 141	31 528	17 576	13 952
2010	577 400	283 994	293 406	565 912	277 178	288 734	11 488	6 816	4 672

¹ 1972 bis einschl. 1985 zum 30.06., ab 1986 zum 31.12.

Die Entwicklung der Briefwahl zum Massenphänomen im Spiegel der Bundestagswahlen

Michael Haußmann

In Deutschland wurde zur Bundestagswahl 1957 die Möglichkeit der Briefwahl eingeführt. Von diesem Zeitpunkt an konnten auch Wahlberechtigte, die körperlich nicht in der Lage waren, das Wahllokal aufzusuchen, sich am Wahlsonntag außerhalb ihres Wahlbezirks aufhielten oder aufgrund eines beruflichen Einsatzes keine Zeit hatten, ihre Stimmen abgeben. Der wichtige Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit der Wahl war somit sichergestellt.

Bis zur Änderung des Bundeswahlrechts im Jahr 2008 mussten dabei die Verhinderungsgründe durch Ankreuzen auf dem Wahlscheinantrag angegeben werden. Da ein Überprüfen der Gründe faktisch nicht möglich war, verzichtet der Gesetzgeber seit der letzten Bundestagswahl auf die Begründung, die Briefwahl steht somit jedem offen.

Entwicklung des Briefwähleranteils

Zu Anfang stellte die Briefwahl noch den vom Gesetzgeber beabsichtigten Ausnahmefall dar, bei der Bundes-

tagswahl 1957 wählten in Stuttgart vergleichsweise geringe 7,7 Prozent aller Wähler per Wahlbrief. Ab den 90er-Jahren stieg der Anteil deutlich an und erreichte bei der Bundestagswahl 2009 mit 26,2 Prozent einen neuen Rekordwert. Die Werte für Stuttgart liegen insbesondere seit den 90er-Jahren deutlich über dem Bundesschnitt (vgl. Abbildung 1).

Altersstruktur der Briefwähler

Wie ein Vergleich der Briefwahlbeteiligung nach dem Alter der Wähler 1972 und 2009 zeigt, hat sich strukturell nur wenig verändert: Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil bei den „jungen mobilen“ und der „älteren“ Wähler. Der Abstand zu den anderen Altersgruppen hat sich relativ gesehen allerdings verringert. Dies dürfte vor allem damit zu erklären sein, dass die Mobilität im Berufsleben und im Freizeitverhalten zugenommen hat. Die einzige Strukturabweichung ist bei den „Erstwählern“ zu erkennen: 1972 war die Briefwahlbeteiligung in dieser Gruppe noch überdurchschnittlich, heute wählt keine

andere Gruppe anteilmäßig so selten per Brief. Der „Reiz des Neuen“ scheint die Jungwähler zur Stimmabgabe eher ins Wahllokal zu führen (vgl. Abbildung 2).

Regionale Unterschiede beim Briefwähleranteil

Da die gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Bundestagswahl im gesamten Bundesgebiet dieselben sind, könnte man meinen, dass es keine regionalen Unterschiede bei der Briefwahlbeteiligung gibt. Dem ist aber keineswegs so: In Bayern ist der Briefwähleranteil mit 29,1 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Sachsen-Anhalt (13,8 %). Baden-Württemberg liegt mit 19,0 Prozent leicht unter dem Bundesschnitt (vgl. Tabelle 1).

An der Spitze der 299 Wahlkreise liegt mit Würzburg folglich ein bayerischer: Dort haben 36,2 Prozent aller Wähler ihre Stimme per Brief abgegeben. Der Kreis mit der geringsten Briefwahlbeteiligung ist Börde – Jerichower Land im nördlichen Sachsen-Anhalt mit 11,0 Prozent.

Betrachtet man die Karte der Wahlkreise, fällt auf, dass die Briefwahlbeteiligung in den Großstädten höher ist als in ländlichen Kreisen (vgl. Karte 1). „Hauptstadt der Briefwahl“ ist München: Mehr als ein Drittel der Wähler stimmten schon vor dem Wahltag ab. Stuttgart liegt mit 26,2 Prozent auf Rang 7 unter den 15 größten Städten (vgl. Tabelle 2). Den Rekordwert stellte die Gemeinde Rothenbuch. In der nordbayerischen Spessartgemeinde stimmten 54,1 Prozent der Wähler schon vor dem Wahltag ab. Über 50 Prozent Briefwähler wurden auch in den bayerischen Gemeinden Mitlenwald, Obernzell, Rottach-Egern und Oberstdorf verzeichnet. Am anderen Ende der Tabelle stehen die sächsischen Gemeinden Thermalbad Wiesenbad im Erzgebirge (5,9 %) und Narsdorf bei Leipzig (5,3 %).

Abbildung 1: Briefwähleranteil bei den Bundestagswahlen in Stuttgart und Deutschland seit 1957

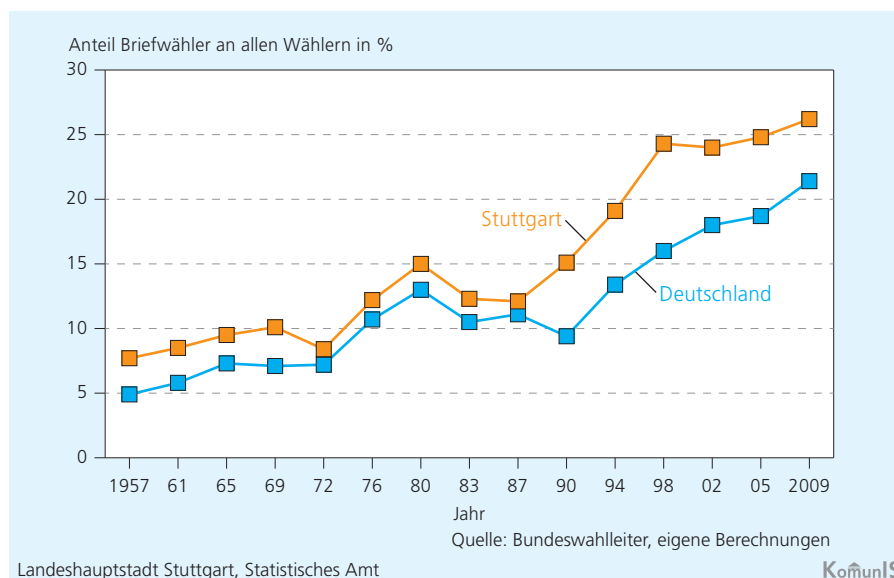


Abbildung 2: Briefwähleranteil bei den Bundestagswahlen in Stuttgart 1972 und 2009 nach dem Alter der Wähler

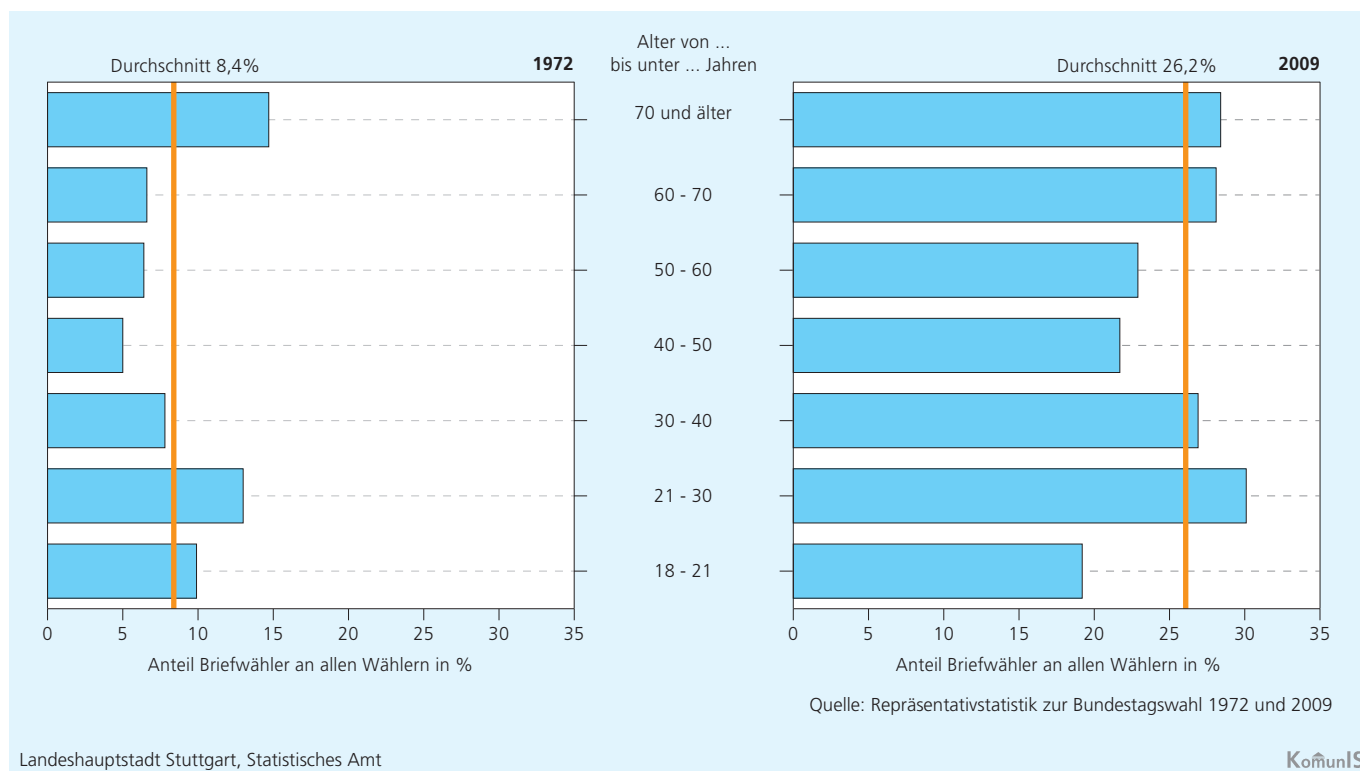


Tabelle 1: Briefwähleranteil bei der Bundestagswahl 2009 nach Bundesländern

Land	Anteil Briefwähler an allen Wählern
	%
Bayern	29,1
Hamburg	28,6
Berlin	26,5
Rheinland-Pfalz	26,5
Nordrhein-Westfalen	23,4
Saarland	21,7
Deutschland insgesamt	21,4
Hessen	19,4
Bremen	19,2
Baden-Württemberg	19,0
Niedersachsen	16,2
Sachsen	16,1
Thüringen	15,5
Brandenburg	15,4
Mecklenburg-Vorpommern	15,4
Schleswig-Holstein	15,4
Sachsen-Anhalt	13,8

Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Tabelle 2: Briefwähleranteil in den Städten mit mehr als 300 000 Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009

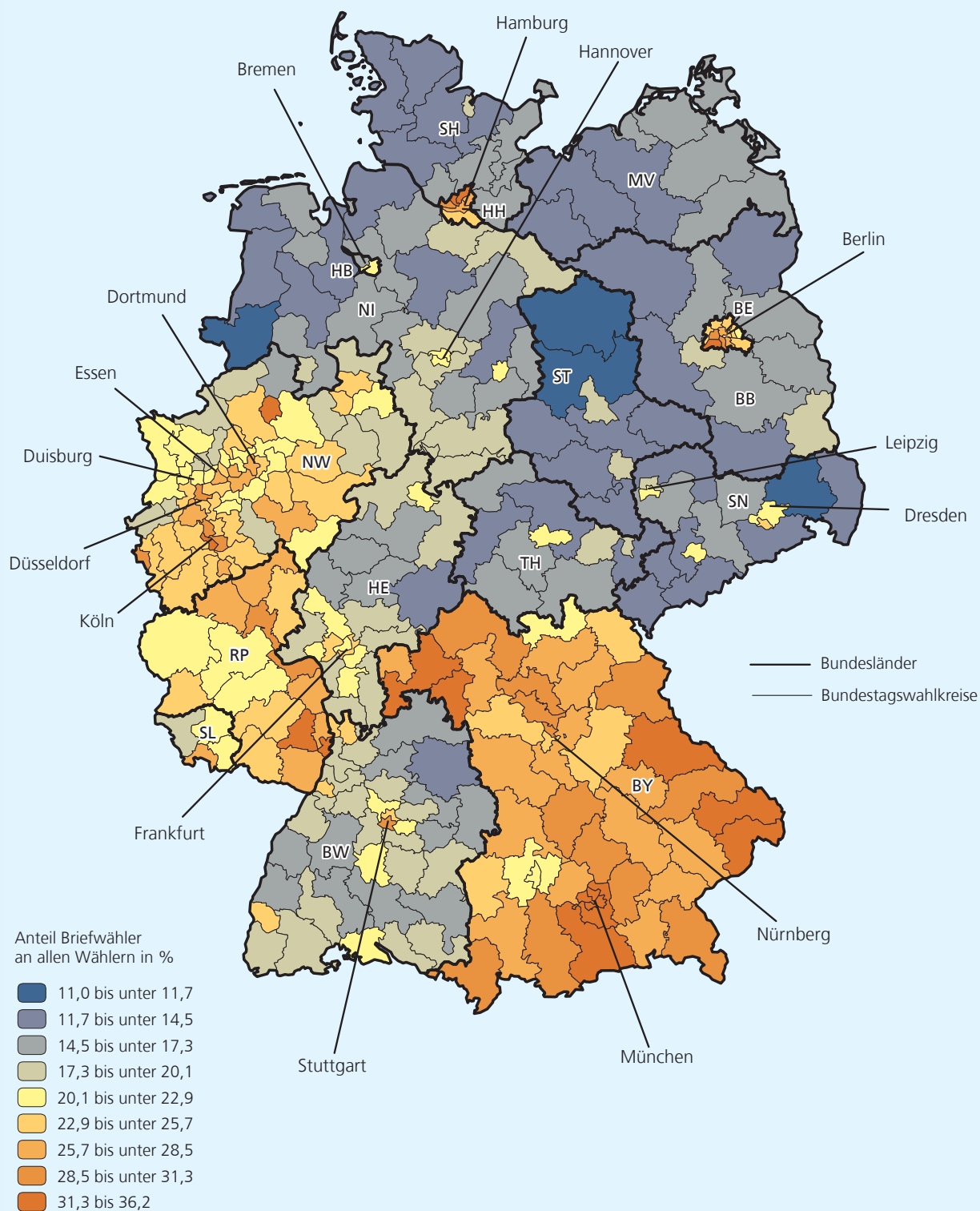
Land	Anteil Briefwähler an allen Wählern
	%
München	34,3
Köln	30,4
Hamburg	28,6
Nürnberg	27,5
Düsseldorf	26,7
Berlin	26,5
Stuttgart	26,2
Essen	25,2
Dortmund	25,1
Frankfurt am Main	23,3
Dresden	22,5
Deutschland insgesamt	21,4
Duisburg	20,9
Leipzig	20,9
Hannover	20,4
Bremen	20,1

Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Karte 1: Briefwähleranteil bei der Bundestagswahl 2009 nach Wahlkreisen



Quelle: Bundeswahlleiter, eigene Berechnungen

Die Region Stuttgart – eine starke europäische Großstadtregion

Werner Münzenmaier¹

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat in einer kürzlich erschienenen Studie die bedeutendsten europäischen Großstadtregionen anhand wirtschaftlicher Indikatoren untersucht.² Großstadtregionen werden gebildet durch große Kernstädte und ihr angrenzendes Umland, mit dem sie wirtschaftlich eng verflochten sind.

Abgrenzung der Großstadtregionen

Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, hat hierzu in Zusammenarbeit mit der EU-Generaldirektion REGIO und der OECD für die 27 EU-Mitgliedstaaten rund 250 Metropol- beziehungsweise Großstadtregionen definiert, die sich bezüglich ihrer Größe allerdings stark unterscheiden. In weitgehender Anlehnung an ein entsprechendes Vorgehen des Statistischen Landesamts werden hier lediglich Ballungsräume mit mehr als zwei Millionen Einwohnern untersucht³. Bezugsjahr der Studie des Statistischen Landesamts, die hier referiert wird, ist grundsätzlich das Jahr 2008.⁴ Der Großraum Stuttgart entspricht nach der Gebietsabgrenzung der genannten Institutionen exakt der Region Stuttgart mit 2008 knapp 2,7 Millionen Einwohnern.

Unterschiede im Niveau der Wirtschaftskraft

Die Wirtschaftsleistung der bedeutendsten Großstadtregionen der 27 EU-Mitgliedstaaten zum Bezugsjahr ist in Abbildung 1 wiedergegeben. Die hieraus ersichtlichen Niveauunterschiede erklären sich zum einen aus Unterschieden in der Größe dieser Regionen, gemessen etwa an der Zahl der Einwohner, zum anderen aus einem deutlichen Gefälle in der Wirtschaftskraft, definiert als Bruttoinlandsprodukt je Einwohner.

Bezüglich der Bevölkerungszahl überragen die Regionen London (14,7 Mil-

lionen Einwohner) und Paris (11,7 Millionen Einwohner) alle anderen europäischen Regionen deutlich. Schon mit gewissem Abstand folgen dahinter die Regionen Mailand und Düsseldorf-Ruhrgebiet mit jeweils knapp 7,9 Millionen Einwohnern, danach Madrid (6,2 Millionen Einwohner), Barcelona (5,3 Millionen Einwohner) und Berlin (5,0 Millionen Einwohner).

Bei der Wirtschaftskraft der Regionen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Einwohner⁵, liegt die Region München mit 46 100 KKS je Einwohner an der Spitze aller europäischen Regionen; vgl. Abbildung 2, rechter Teil. Die Wirtschaftskraft in diesem bayerischen Ballungsraum ist damit fast drei Mal (288 %) so hoch wie in den Regionen Katowice-Zory und Neapel mit jeweils 16 000 KKS je Einwohner. Der Durchschnitt aller 27 Mitgliedstaaten (25 100 KKS je Einwohner) wird von der Region München um 84 Prozent, der Durchschnitt Deutschlands (29 000 KKS je Einwohner) um 59 Prozent übertroffen.

Bemerkenswerte Situation in osteuropäischen Metropolregionen

Als einzige deutsche Großstadtregion liegt die Region Berlin mit 23 200 KKS je Einwohner nicht nur unter dem nationalen Durchschnitt, sondern auch unter dem Durchschnitt aller EU-Mitgliedstaaten. Mindestens genauso bemerkenswert ist, dass damit die Region um die deutsche Hauptstadt eine Wirtschaftskraft aufweist, die zum einen lediglich durch die genannten Großstadtregionen Neapel und Katowice-Zory unterschritten und zum anderen durch die Wirtschaftskraft in den osteuropäischen Regionen Prag (31 000 KKS je Einwohner), Warschau (28 800 KKS je Einwohner), Bukarest (28 200 KKS je Einwohner) und Budapest (26 800 KKS je Einwohner) zum Teil deutlich übertroffen wird.⁶

Wiederum im Unterschied zur Großstadtregion Berlin, die wie angedeutet als einzige deutsche Großstadtregion den nationalen Durchschnitt nicht erreicht hat, liegt die Wirtschaftskraft dieser osteuropäischen Metropolregionen jeweils deutlich über dem nationalen Durchschnitt. Besonders markant ist dies in den Regionen Bukarest und Warschau, deren Wirtschaftskraft mehr als doppelt so groß ist wie in den jeweiligen Nationalstaaten (Rumänien: 11 700 KKS je Einwohner, Polen 14 100 KKS je Einwohner). Aber auch in Budapest mit 26 800 KKS je Einwohner gegenüber 16 200 KKS je Einwohner in ganz Ungarn und in Prag mit 31 000 KKS je Einwohner gegenüber 20 200 KKS je Einwohner der Tschechischen Republik zeigt sich ein ausgeprägtes Schwergewicht der Hauptstadtregionen.

Region Stuttgart in der europäischen Spitzengruppe

Die Region Stuttgart liegt im Reigen dieser europäischen Ballungsräume mit einer Wirtschaftskraft von 36 200 KKS je Einwohner an 8. Stelle und wird lediglich durch die deutschen Großstadtregionen München, Frankfurt am Main und Hamburg sowie die europäischen Metropolregionen Paris, London, Randstad-Noord und Wien übertroffen. Hinter der Region Stuttgart blieben somit nicht nur die Region Berlin, sondern auch die deutschen Ballungsräume Köln-Bonn (31 500 KKS je Einwohner) und Düsseldorf-Ruhrgebiet (30 000 KKS je Einwohner) zurück.

Strukturelle Ursachen der Wirtschaftsstärke

Die wirtschaftliche Stärke der neun bestplatzierten, ausschließlich westeuropäischen Regionen erklärt sich zum einen durch die schon hohe Wirtschaftskraft der betreffenden nationalen Staaten, zum anderen aber

Abbildung 1: Die Wirtschaftsleistung der bedeutendsten Großstadtregionen der 27 EU-Mitgliedstaaten 2011

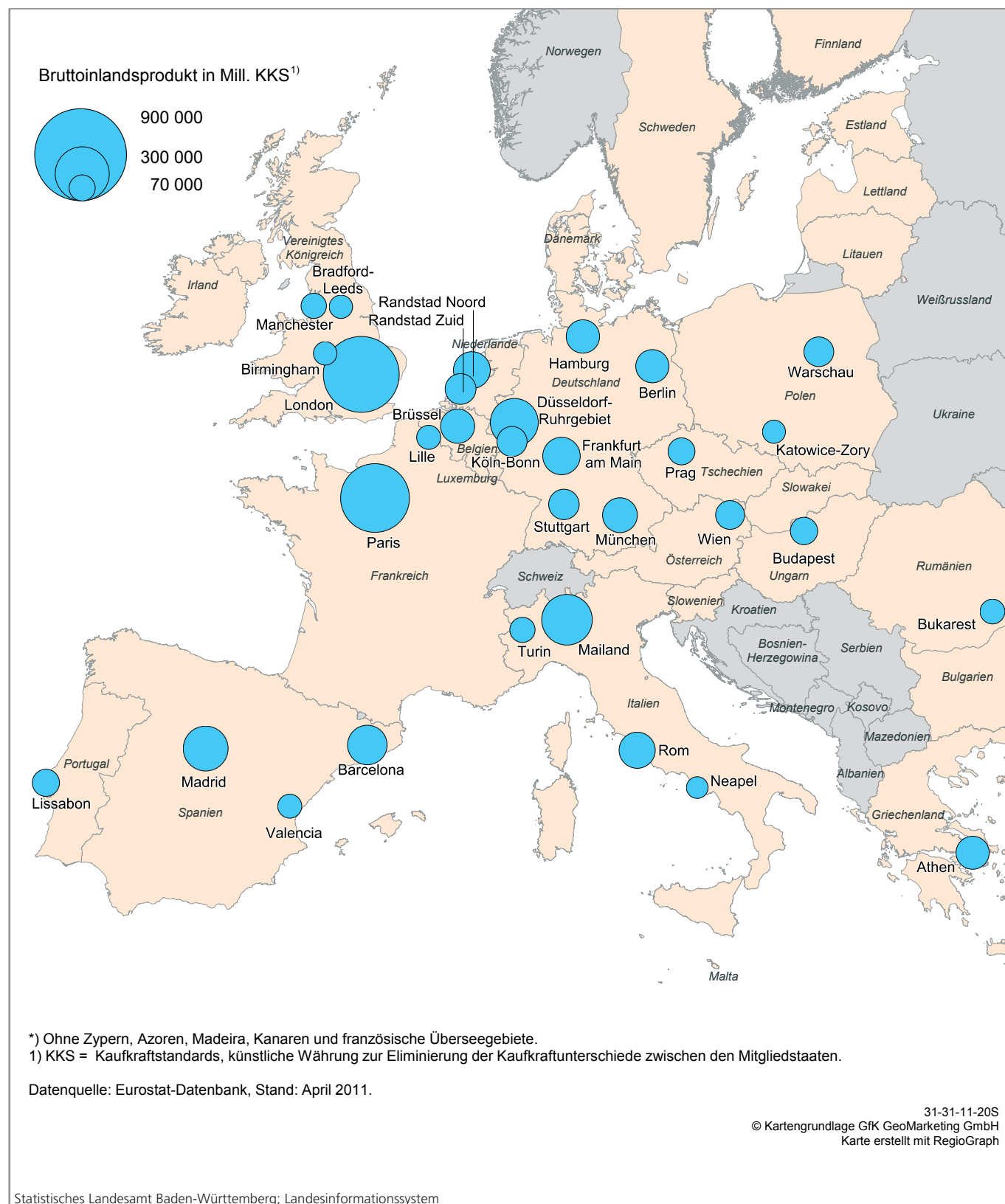
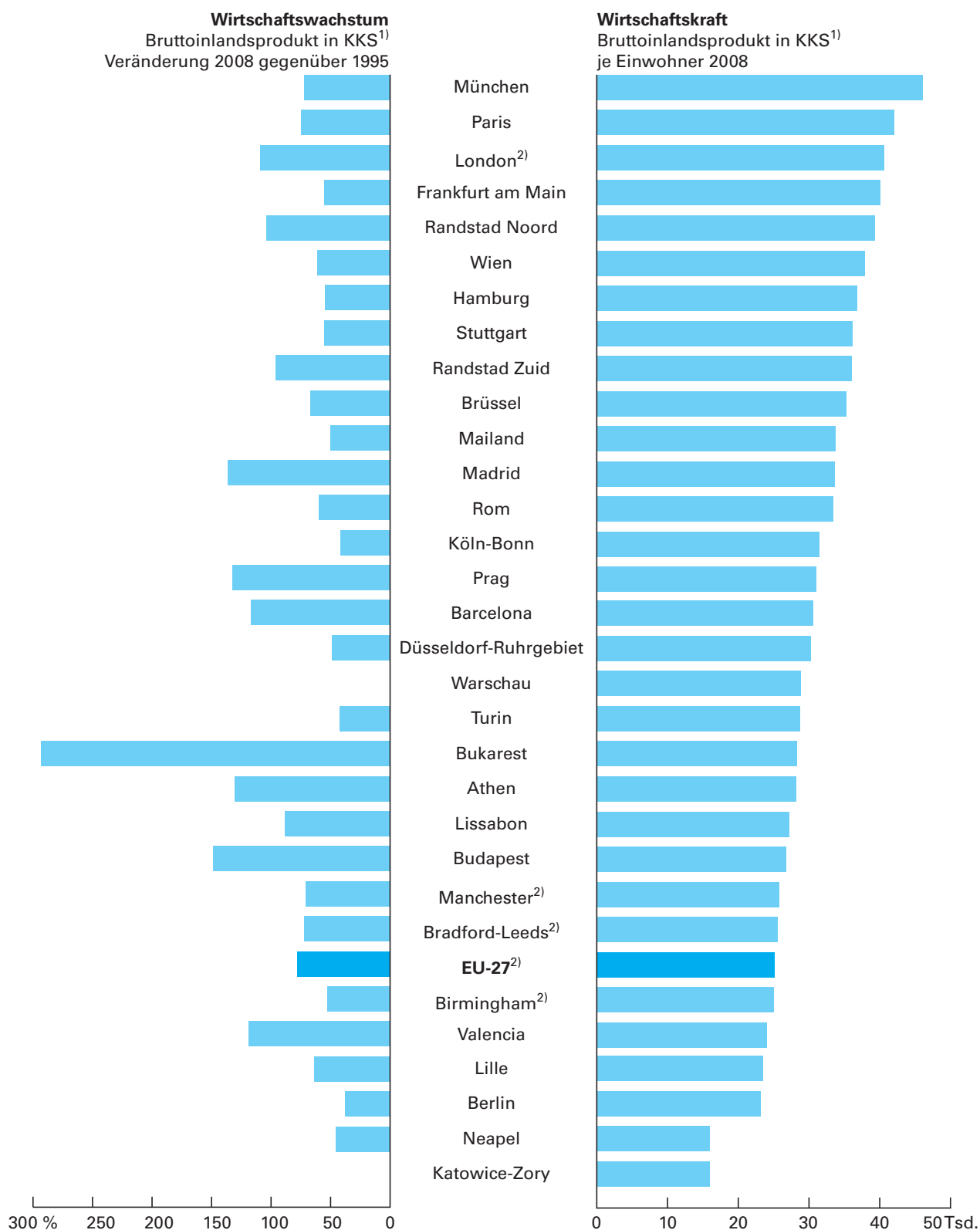


Abbildung 2: Wirtschaftswachstum und Wirtschaftskraft in den Großstadregionen der EU-27 2011



1) KKS = Kaufkraftstandards, künstliche Währung zur Eliminierung der Kaufkraftunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. – 2) Wirtschaftskraft 2008 berechnet anhand der Bevölkerung zum 1. Januar 2008.

Datenquelle: Eurostat-Datenbank, Stand: April 2011.

auch durch deren starke Ausrichtung auf den Dienstleistungssektor und hier vor allem auf die Unternehmensdienstleistungen mit einer sehr hohen Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen). Im Jahre 2008 hat der Dienstleistungsanteil in der Großstadtregion München über 77 Prozent betragen, in Paris sogar gut 86 Prozent. Auch in den Regionen London, Frankfurt am Main, Randstad Noord, Wien und Hamburg trägt der Dienstleistungssektor mit mehr als vier Fünftel zur gesamten Bruttowertschöpfung bei.

Etwas anders ist die Situation in der Region Stuttgart, die im Reigen europäischer Agglomerationsräume ausgesprochen stark von der Industrie geprägt ist – etwa zwei Fünftel der Bruttowertschöpfung entfielen 2008 in der Region Stuttgart auf das Produzierende Gewerbe. Lediglich die von Bergbau und Schwerindustrie dominierte polnische Region Katowice-Zory hatte einen noch höheren Wertschöpfungsanteil im Produzierenden Gewerbe, in den ebenfalls industriell geprägten Ballungsräumen Mailand, Barcelona und Bukarest war er mit rund einem Drittel schon deutlich geringer als in Stuttgart. Die Stärke der Region Stuttgart liegt nun aber genau darin, dass dort die Industrie merklich durch High-Tech-Branchen geprägt ist, die sich nicht nur durch eine hohe Innovationsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit auszeichnen, sondern auch in ihren Unternehmen und Betrieben hochwertige Dienstleistungen

in Forschung und Entwicklung, Beratung und Planung, Logistik und Kommunikation erbringen. Nicht umsonst ist die Region Stuttgart die innovativstärkste Region Baden-Württembergs, also des Landes, das im europaweiten Vergleich die höchste Innovationskraft aufweist.

Die Standortbestimmung der Region Stuttgart unterstreicht mit Deutlichkeit, dass die zuweilen aufgestellte These, nur Regionen mit starker Ausrichtung auf Dienstleistungen seien wirtschaftlich besonders kräftig und dynamisch, nicht generalisiert werden kann. Dies wird auch im internationalen Rahmen bestätigt: So stellt die relativ stark industrialisierte Region Mailand innerhalb Italiens die wirtschaftsstärkste Großstadtregion dar, und die ebenfalls industriell geprägte Region Barcelona wird in Spanien lediglich von der Hauptstadtregion Madrid übertroffen.

Entwicklungstendenzen

Der linke Teil von Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, wiederum in KKS, zwischen 1995 und 2008. Hieraus geht deutlich der Aufholprozess der osteuropäischen Großstadtregionen hervor, so vor allem in Bukarest (+ 283 %), in Budapest (+ 149 %) und in Prag (+ 132 %). Veränderungsraten für die beiden oben genannten polnischen Städte liegen nicht vor, ebenso nicht für Rumänien insgesamt. Wenn man deshalb die Entwicklung im Vergleich zu den nationalen Staaten betrachten

möchte, so ist dies nur für die beiden Regionen Budapest und Prag möglich. Beide osteuropäischen Metropolregionen zeichnen sich durch deutlich höhere Zuwächse aus als ihre jeweiligen Staaten (Ungarn: + 108 %; Tschechien: + 90 %), was auch für andere osteuropäische Hauptstadtregionen gelten dürfte.

Europaweit deutlich überdurchschnittliche Zuwachsraten wurden außerdem für die spanischen Regionen Madrid, Barcelona und Valencia sowie die Region Athen ermittelt. Unter den Regionen mit der höchsten Wirtschaftskraft ragen vor allem London und die beiden niederländischen Regionen Randstad Noord und Randstad Zuid hervor.

Wachstum der Region Stuttgart im deutschen Durchschnitt

Unter den deutschen Großstadtregionen konnte lediglich München mit + 72,4 Prozent nahe an den Durchschnitt aller EU-Staaten (+ 78,0 %) herankommen. Die Region Stuttgart ist mit + 55,4 Prozent ähnlich stark gewachsen wie die Regionen Frankfurt am Main (+ 55,6 %) und Hamburg (+ 54,6 %), der nationale Durchschnitt (+ 54,5 %) wurde jeweils knapp übertroffen. In den beiden anderen westeuropäischen Industrieregionen Barcelona und Mailand sind die Wachstumsraten mit + 116,9 Prozent beziehungsweise + 50,2 Prozent nur leicht niedriger gelegen als der jeweilige nationale Durchschnitt mit + 123,2 beziehungsweise + 54,2 Prozent.

- 1 Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständig.
- 2 Vgl. Werner, Joachim; Fischer, Berthold: Europäische Großstadtregionen im Vergleich, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Jahrgang 2011, Heft 8, S. 26-37.
- 3 Streng genommen wurden in die zitierte Untersuchung des Statistischen Landesamts zusätzlich deutsche Regionen mit mehr als 750 000 Einwohnern einbezogen.
- 4 Aktuellere Daten als zum Jahr 2008 liegen europaweit noch nicht vor. Für die vorliegende Untersuchung hat die Bezugnahme auf das Jahr 2008 allerdings den Vorteil, dass dadurch keine Verzerrungen vorliegen, die sich bei einer Bezugnahme auf das Krisenjahr 2009 sowohl für Niveauvergleiche als auch für Entwicklungstendenzen ergeben würden.
- 5 Die Kaufkraftstandards (KKS) sind eine Kunstwährung, die internationale Preisniveauunterschiede eliminiert. Vgl. hierzu im Einzelnen beispielsweise Werner, Joachim; Fischer, Berthold, a. a. O., S. 32.
- 6 Die relativ hohen Werte für die osteuropäischen Regionen hängen stark mit der Bezugnahme auf die Kaufkraftstandards zusammen, wodurch die gegenüber dem europäischen bzw. deutschen Durchschnitt relativ niedrigeren Preisniveaus der osteuropäischen Staaten deutlich angehoben werden. So erreichte das Preisniveau des Endverbrauchs der privaten Haushalte 2008 in der Tschechischen Republik 72 Prozent, in Polen und in Ungarn jeweils 69 Prozent und in Rumänien 63 Prozent des EU-Durchschnitts, in Deutschland dagegen 104 Prozent bezogen auf den Durchschnitt aller 27 EU-Mitgliedstaaten.

Kriegsopferfürsorge in Stuttgart seit 1980

Robert Gunderlach

Die Kriegsopferfürsorge ist eine fast vergessene Statistik. Unweigerlich denkt man an die längst vergangene Nachkriegszeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert. Diese Zeitperiode ist zwar vorbei, sie wird gleichwohl in der jährlichen Erinnerungskultur (Volkstrauertag) wach gehalten. In dieser mittlerweile relativ „kleinen“ Statistik werden überwiegend nach dem Bundesversorgungsgesetz (seit 1.10.1950 mit laufenden Änderungen in Kraft) – sowie einer großen Zahl von Nebengesetzen (siehe weiter hinten z. B. Soldatenversorgungsgesetz SVG) – die Art und der Umfang von Leistungen für die Kriegsopferversorgung nachgewiesen. Der Staat entschädigt damit primär gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen von Beeinträchtigungen, die Personen während einer militärischen oder militärähnlichen Dienstverrichtung oder eines gleichgestellten Ereignisses erlitten haben. Auch Hinterbliebene und Kinder können betroffen sein. Geschädigte sind jedoch nicht nur Menschen, die vorwiegend durch den 2. Weltkrieg beeinträchtigt wurden, sondern auch Betroffene, die heutzutage im Inland oder bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu Schaden kommen. So gesehen ist diese Statistik tatsächlich hoch aktuell. Aus letzterem Personenkreis kommen in Stuttgart jedoch derzeit keine Leistungsempfänger.

§ 5 Sozialgesetzbuch I: Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden

„Wer einen Gesundheitsschaden erleidet, für dessen Folgen die staatliche Gemeinschaft in Abgeltung eines besonderen Opfers oder aus anderen Gründen nach versorgungsrechtlichen Grundsätzen einsteht, hat ein Recht auf 1. die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung, zur Besserung und zur Wiederherstellung der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit und 2. angemessene wirtschaftliche Versorgung. Ein Recht auf angemessene wirtschaftliche Versorgung haben auch die Hinterbliebenen eines Beschädigten.“
Die Hilfeleistungen der Kriegsopfer-

fürsorge sind eingebunden in das soziale Entschädigungsrecht und gehören zur sozialen Mindestsicherung in Deutschland. Sie werden als ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt oder in einmaligen Fällen gewährt. Sie erfolgen an Geschädigte und deren Hinterbliebene zur Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts und der besonderen Lebensumstände. Die Hilfe wird in Form von überwiegend Beihilfen und manchmal als Darlehen gewährt. Es gelten im Wesentlichen die für die im Rahmen der Sozialhilfe gewährte Hilfe zum Lebensunterhalt maßgeblichen Bestimmungen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt soll den notwendigen Lebensunterhalt eines Hilfesuchenden sicherstellen; die Hilfe in besonderen Lebenslagen richtet sich nach den besonderen persönlichen Bedürfnissen eines Hilfesuchenden und wird in Form verschiedener Hilfearten gewährt (z. B. vorbeugende Gesundheitshilfe). Die Erziehungsbeihilfe leistet Beihilfen zur Erziehung und zur Schul- und beruflichen Ausbildung von Kindern von Beschädigten und Waisen. Zudem gibt es die Hilfe zur Pflege und die Altenhilfe. Anerkennungsverfahren bei den Versorgungsämtern dauern in der Regel etwas länger. Die Leistungen sind an bestimmte Einkommensgrenzen gekoppelt und werden alle zwölf Monate überprüft.

Die Statistik wurde bis zum Jahr 2000 jährlich zum 31.12. erstellt. Danach ist sie nur noch in zweijährigem Abstand zu führen. Die Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge vom 15. Januar 1963 sowie spätere Änderungen hierzu.

Im Jahr 2010 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 42 204 Leistungsempfänger und Bruttoausgaben von fast einer halben Mrd. Euro (478,3 Mio.). Landesweit wurden in Baden-Württemberg im Jahr 2010 Hilfeleistungen von 53,2 Mio. Euro an 7928 Leistungsempfänger ausgegeben. 2010 erhielten in der Region Stuttgart 814 Empfänger laufende

Leistungen und 548 Empfänger einmalige Leistungen. Die Bruttoausgaben betrugen hierfür 9,2 Mio. Euro. Das sind 3 Euro je Einwohner in der Region Stuttgart.

In der Landeshauptstadt Stuttgart war die Kriegsopferfürsorge nach dem 2. Weltkrieg die größte Dienststelle des Sozialamtes. Heute spielt die Kriegsopferfürsorge mit nur noch 1,5 Stellen eine Nebenrolle. Wenngleich Empfänger und Kosten doch noch bedeutend sind. Im Laufe der Jahre haben sich die Leistungsempfänger und die Ausgaben folgendermaßen entwickelt:

In den 1980er-Jahren sind die Zahlen noch bedeutend höher gewesen als die zwei Jahrzehnte danach. 1980 erhielten 648 Empfänger laufende Hilfeleistungen und in 966 Fällen wurden einmalige Leistungen gewährt. Für beide Leistungsarten wurden damals etwa 0,915 Mio. Euro brutto ausgegeben. Im Jahr 1990 betrugen die Bruttokosten bereits 1,448 Mio. Euro, obwohl die Zahl der betroffenen Menschen auf 458 Empfänger laufender Hilfeleistungen und 855 Fälle mit einmaligen Leistungen gesunken ist. Dies liegt auch daran, dass die individuellen Hilfen in besonderen Lebenslagen zugenommen haben und die betroffenen Menschen älter wurden (Hilfe zur Pflege, Altenhilfe). Im Jahr 2000 halbierte sich die Zahl der betroffenen Menschen gegenüber 1990 auf 230 Empfänger laufender Hilfeleistungen und 514 Fälle mit einmaligen Leistungen. Die Hilfekosten stiegen jedoch weiter, auf damals brutto 2,152 Mio. Euro. Nach einer zwischenzeitlichen Ausgabenspitze von 3,09 Mio. Euro brutto im Jahr 2006 – damals war die Zahl der betroffenen Menschen wieder angestiegen – sank im Jahr 2010 die Zahl der Empfänger von laufenden Hilfeleistungen auf 206 und die zusätzlichen Fälle mit einmaligen Leistungen auf 172 betroffene Menschen. Die Bruttoausgaben (überwiegend Beihilfen) beliefen sich 2010 auf 2,695 Mio. Euro. Das sind brutto 4 Euro je Ein-

wohner. Hilfe in besonderen Lebenslagen (1,435 Mio. Euro) und Hilfe zur Pflege (1,009 Mio. Euro) sind die beiden wichtigsten Bruttoausgabenposten. Die reinen Kosten – also Ausgaben minus Einnahmen – betrugen 2010 knapp 2 Mio. Euro (vgl. Tabellen 1 und 2).

Die Sozialleistungen der Kriegsopfersorge gehen heutzutage mehr und mehr über in den Bereich der allge-

meinen Opfer-Erschädigung nach dem Opfer-Erschädigungsgesetz (OEG). Heute ist bereits jeder achte Bezieher (11,7 %) von laufenden Hilfeleistungen sowie jeder sechste Bezieher (17,4 %) von einmaligen Leistungen selbst Opfer oder Hinterbliebener/Kind von aktuellen Gewalttaten – beispielsweise, wenn jemand nach einer schweren Gewalttat selbst ambulant oder stationär behandelt werden muss oder Arbeitsstelle

und/oder Wohnung verloren hat, umgeschult werden muss usw. Bei einer steigenden Zahl von Gewalttaten gegen Personen und darunter schweren Körperverletzungen ist künftig mit einem zahlenmäßigen Anstieg dieser Empfängergruppe zu rechnen. Die Sozialleistung muss im Übrigen von derjenigen Kommune erbracht werden, in der die Gewalttat erfolgt ist (Tatort) und nicht wo der Geschädigte wohnt.

Tabelle 1: Empfänger laufender Leistungen und Fälle einmaliger Leistungen der Kriegsopfersorge in Stuttgart seit 1980

Jahr	Empfänger laufender Leistungen ¹ insgesamt	Darunter				Fälle einmaliger Leistungen ² insgesamt	Darunter		
		Erziehungsbeihilfen	Hilfe zur Pflege, Altenhilfe	ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen		Hilfe zur Pflege, Altenhilfe	ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen
1980	648	44	.	197	407	966	.	735	231
1981	644	33	.	127	484	884	.	729	155
1982	635	23	.	185	427	762	.	615	147
1983	223	23	.	200		732	.	574	158
1984	429	12	.	160	257	1 011	.	769	242
1985	499	9	.	190	300	1 003	.	842	161
1986	551	13	.	211	327	879	.	711	154
1987	403	8	.	244	151	798	.	666	128
1988	424	9	102	254	59	646	60	562	18
1989	386	1	99	222	44	872	197	621	37
1990	458	3	119	275	60	855	213	611	8
1991	366	3	142	192	27	739	184	547	4
1992	205	2	98	70	35	556	148	397	3
1993	198	-	93	79	26	473	132	331	6
1994	228	-	123	75	30	378	105	270	1
1995	172	-	87	69	16	406	126	258	8
1996	193	-	79	85	27	378	74	271	9
1997	172	1	66	81	18	327	92	223	1
1998	139	1	53	64	14	343	112	215	1
1999	128	1	50	60	10	292	106	172	2
2000	230	3	149	61	10	514	229	252	20
2002	162	2	114	38	1	249	125	104	3
2004	141	1	103	29	2	195	95	63	-
2006	343	-	137	28	172	253	199	3	5
2008	229	-	114	20	128	174	101	7	22
2010	206	-	65	26	107	172	34	16	11

¹ Am Ende des Berichtsjahres.

Ab 2000: Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz zum 01.01.2000. Dadurch Zuständigkeitsübergang für bestimmte KOF-Leistungen vom überörtlichen Träger der Sozialhilfe auf den örtlichen Träger der Sozialhilfe.

² Im Laufe des Berichtsjahres.

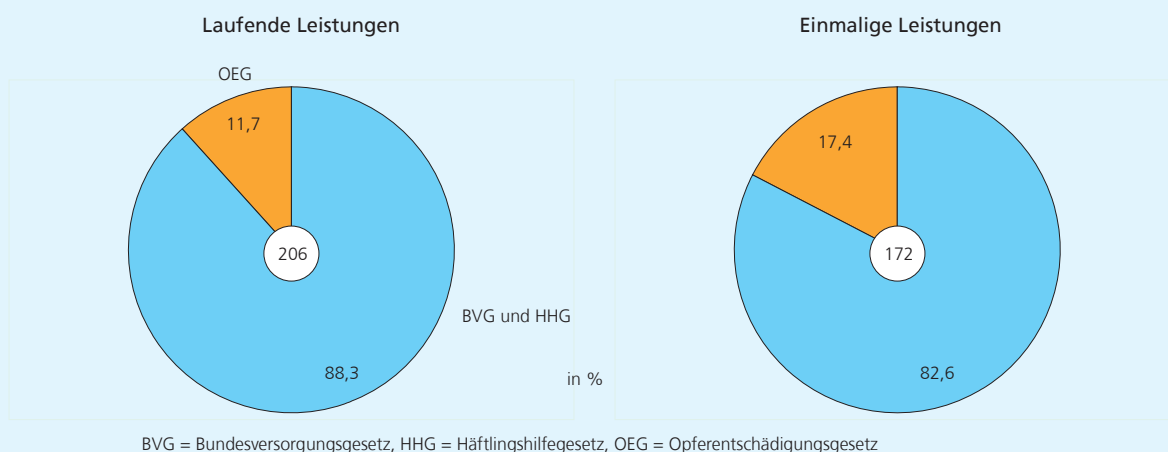
Tabelle 2: Bruttoausgaben und Einnahmen der Kriegsoferfürsorge in Stuttgart seit 1980

Jahr	Brutto- ausgaben insgesamt	Darunter			Und zwar				Einnahmen insgesamt	Brutto- ausgaben minus Einnahmen
		Beihilfen	Darlehen	nach dem Bundes- versorgungs- gesetz	Erziehungs- beihilfe	Hilfe zur Pflege, Altenhilfe	Ergänzende Hilfe zum Lebens- unterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen		
	Euro									
1980	914 952	914 335	618	913 995	89 880	.	429 706	395 366	337 571	295 210
1981	1 069 513	1 063 378	6 136	1 069 513	84 819	.	450 946	533 747	344 232	370 830
1982	1 151 184	1 151 057	128	1 150 761	41 711	.	468 244	641 229	380 913	393 834
1983	1 154 299	1 152 021	2 278	1 153 841	102 637	.	466 707	584 955	418 327	376 297
1984	954 010	953 253	757	953 701	56 651	.	509 981	387 378	381 466	292 737
1985	1 037 952	1 037 645	307	1 026 858	29 961	.	495 625	512 365	375 200	662 751
1986	1 099 381	1 098 819	562	1 110 653	28 700	.	524 004	546 677	341 403	757 978
1987	1 007 993	1 006 459	1 534	1 002 472	28 456	.	477 705	501 831	358 497	649 496
1988	1 109 349	1 109 349	-	1 102 288	13 293	670 525	417 633	7 899	398 704	710 646
1989	1 266 086	1 260 353	5 733	1 264 692	5 379	885 181	362 429	7 895	223 272	1 042 814
1990	1 447 912	1 447 375	537	1 444 183	9 002	1 019 290	405 466	6 815	546 410	901 502
1991	1 291 415	1 290 505	910	1 292 535	4 490	978 330	306 441	5 846	520 161	771 254
1992	1 415 229	1 415 229	-	1 412 608	1 157	1 161 901	224 910	27 044	459 701	955 528
1993	1 076 567	1 076 567	-	1 074 644	-	842 594	223 284	9 746	296 058	780 508
1994	1 015 739	1 015 739	-	1 013 737	-	814 975	196 057	3 976	288 389	727 350
1995	881 862	881 862	-	877 396	-	678 643	199 565	2 208	233 147	648 716
1996	965 538	965 029	509	952 585	-	690 977	226 543	40 091	287 510	678 028
1997	591 140	587 838	3 302	588 478	2 941	392 119	176 488	3 454	227 944	363 196
1998	489 273	492 214	- 2 941	483 657	6 528	301 304	151 239	10 029	108 277	380 996
1999	603 768	603 011	757	601 489	7 518	320 311	203 554	- 6 279	191 051	412 717
2000	2 152 369	2 150 733	1 636	2 152 369	34 356	1 959 504	139 080	4 086	1 064 969	1 087 400
2002	2 037 055	2 037 055	-	2 037 055	7 577	1 909 724	101 895	106	1 042 640	994 415
2004	1 715 933	1 716 510	- 577	1 715 933	3 765	1 616 800	78 449	376	532 206	1 183 727
2006	3 091 097	3 076 603	14 494	3 090 236	-	1 440 795	99 516	1 529 484	836 232	2 254 865
2008	2 946 502	2 929 502	17 000	2 946 502	-	1 266 524	81 856	1 587 690	568 496	2 378 006
2010	2 695 000	2 583 000	-	2 695 000	-	1 012 000	136 000	1 435 000	707 000	1 988 000

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

Abbildung 1: Empfänger von laufenden und einmaligen Leistungen der Kriegsoferfürsorge in Stuttgart 2010



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

Aus: www.stuttgart.de

„Im Hinblick auf die Grundvoraussetzungen und Leitvorstellungen des sozialen Entschädigungsrechts (§ 5 Sozialgesetzbuch I) ist die primäre Aufgabe der Kriegsofferfürsorge der angemessene Schadensausgleich und die angemessene wirtschaftliche Versorgung der Anspruchsberechtigten. Die Kriegsofferfürsorge geht damit wegen ihrer Schadensausgleichfunktion über den Zweck der Sozialhilfe (Behebung einer Notlage unabhängig von ihrem Entstehungsgrund) hinaus.

Leistungen der Kriegsofferfürsorge:

- Hilfen zur beruflichen Rehabilitation
- Hilfe bei Krankheit und vorbeugende Hilfe
- Hilfe zur Pflege
- Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
- Altenhilfe
- Erziehungsbeihilfe
- Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt
- Erholungshilfe
- Wohnungshilfe
- Hilfen zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage
- Hilfe bei Sterilisation
- Hilfe zur Familienplanung
- Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- Blindenhilfe
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

Für wen können Leistungen in Betracht kommen?

Voraussetzungen für alle Leistungsansprüche des sozialen Entschädigungsrechts ist ein Gesundheitsschaden (Beschädigte) oder Tod eines Ernährers (Hinterbliebene) infolge eines schädigenden Ereignisses. Sach- und/oder Vermögensschäden begründen keinen Anspruch auf Entschädigungsleistungen. Leistungen der Kriegsofferfürsorge sind abhängig von den Feststellungen der Versorgungsverwaltung bezüglich der grundsätzlichen Anspruchsberechtigung.

Besondere Hilfen im Einzelfall

Als „besondere Hilfen im Einzelfall“ und somit Teil des allgemeinen Versorgungsanspruches können Leistungen der Kriegsofferfürsorge für Anspruchsberechtigte Beschädigte und Hinterbliebene nach folgenden Gesetzen in Betracht kommen:

- § 1 Bundesversorgungsgesetz
- § 1 Opferentschädigungsgesetz
- § 80 Soldatenversorgungsgesetz
- § 47 Zivildienstgesetz
- §§ 4, 5 Häftlingshilfegesetz
- § 51 Bundesseuchengesetz
- § 59 Bundesgrenzschutzgesetz
- §§ 21 ff. Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
- §§ 3 ff. Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
- § 3 Gesetz über Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen“

Ulrich Stein

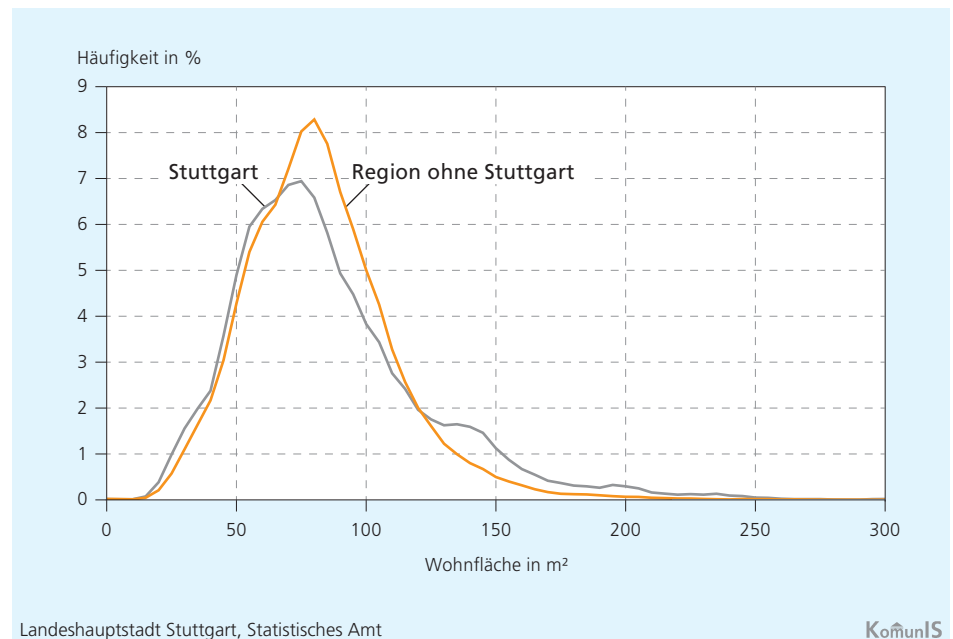
Preisniveau der Eigentumswohnungen in Stuttgart

Im Internetangebot der Immobilienplattform „Immobilienscout24“ bilden „Eigentumswohnungen“ (in Mehrfamilienhäusern) neben den „Mietwohnungen“ und den zum Verkauf stehenden „Häusern“ ein eigenes Marktsegment. In den Jahren 2009 und 2010 wurden im Immobilienscout24 in Stuttgart insgesamt etwa 11 500 Wohnungen zum Kauf (zur Selbstnutzung oder als Kapitalanlage) angeboten; weitere 36 500 Wohnungen wurden in den Landkreisen der Region Stuttgart inseriert. Eine Auswertung der Daten dieser Inserate wird im Folgenden vorgestellt.

Die Wohnflächen von Eigentumswohnungen betragen in Stuttgart und der Region im Median jeweils etwa 80 m²

Sowohl in Stuttgart wie auch in den Landkreisen der Region Stuttgart waren die inserierten Eigentumswohnungen im Median etwa 80 m² groß, das heißt 50 Prozent waren größer (gleich), 50 Prozent kleiner (gleich) 80 m². Allerdings sind in Stuttgart sowohl kleinere als auch wesentlich größere Eigentumswohnungen häufiger anzutreffen als in den Landkreisen der Region. Während in Stuttgart eine von zehn angebotenen Eigentumswohnungen 130 m² oder größer war, war es in der Region nur jede zwanzigste (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Verteilung der Wohnflächen der in den Jahren 2009 und 2010 angebotenen Eigentumswohnungen in Stuttgart und den Landkreisen der Region



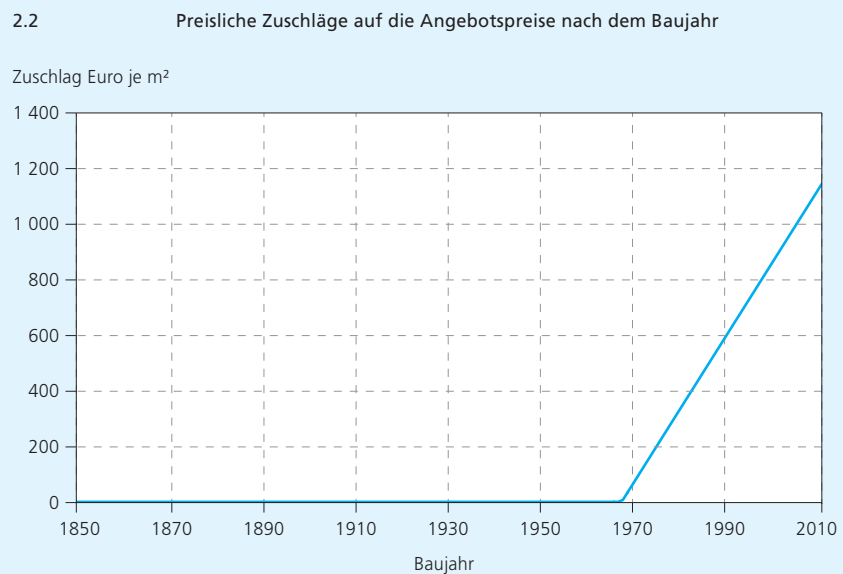
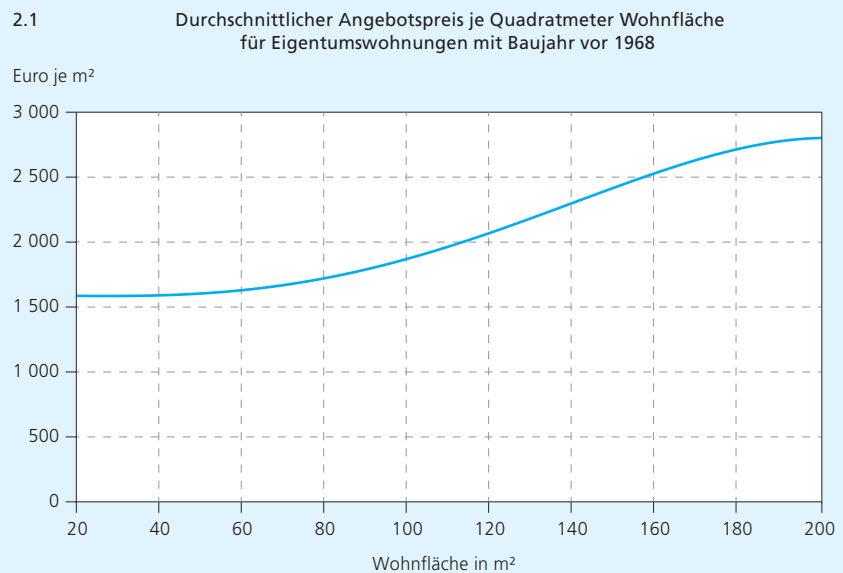
Bei den im Immobilienscout24 inserierten Preisen handelt es sich um Angebotspreise, also nicht um die letztlich vertraglich vereinbarten Kaufpreise. Im Regelfall wird für den Käufer ein preislicher Verhandlungsspielraum nach unten bestehen. Ebenfalls nicht gesichert ist, dass eine angebotene Wohnung auch verkauft wird.

Der Einfluss der Wohnfläche und des Baujahres

Je größer die zum Verkauf stehende Wohnung, desto höher ist in Stuttgart ihr Quadratmeterpreis

Die Angebotspreise für Eigentumswohnungen variieren mit der Fläche und dem Baujahr der Wohnung. Diese preislichen Abhängigkeiten sind für die Stuttgarter Eigentumswohnungen in der Abbildung 2 veranschaulicht. Im Segment der „Altbauwohnungen“ (in diesem Fall, die vor 1968 gebauten Wohnungen) betrugen im Zeitraum 2009/2010 die durchschnittlichen Angebotspreise für eine 50 m²-Wohnung etwa 1600 €/m², für eine 80 m²-Wohnung 1700 €/m² und für eine 130 m²-Wohnung 2200 €/m² (vgl. Abbildung 2.1). Baujahrsbedingte Preisaufschläge waren für ab etwa 1970 gebaute Wohnungen zu beobachten. Für 40 Jahre oder ältere Wohnungen wurden also keine baujahrsbedingten Zuschläge verlangt, für etwa 20 Jahre alte Wohnungen 590 €/m² und für neu gebaute Wohnungen etwa 1100 €/m² (vgl. Abbildung 2.2).

Abbildung 2: Flächen- und Baujahrs-einflüsse auf den Angebotspreis für Wohnungen in Stuttgart in den Jahren 2009 und 2010



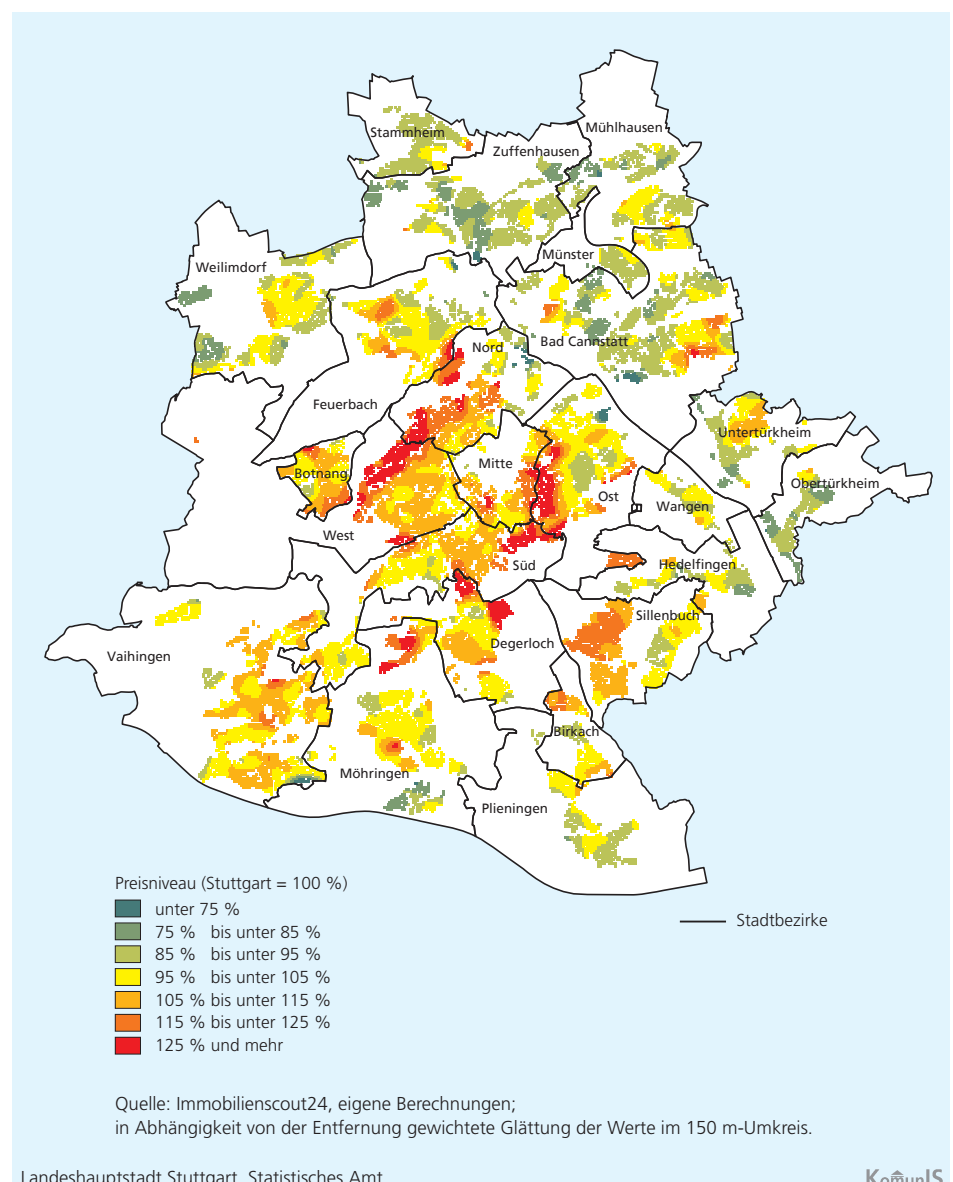
Quelle: Immobilienscout, eigene Berechnungen

Preisniveauunterschiede bei Eigentumswohnungen in Stuttgart

Durch die Bereinigung der Angebotspreise um den Einfluss der Wohnfläche und des Baujahrs lässt sich der Preiseffekt der Wohnlage abschätzen

In Kenntnis der Wohnfläche und des Baujahrs einer Wohnung lässt sich für jede angebotene Wohnung ein im Schnitt zu erwartender Angebotspreis errechnen. Zum Beispiel wäre in Stuttgart für eine Wohnung mit Baujahr 1990 und einer Wohnfläche von 90 m² ein Angebotspreis von etwa 2400 €/m² im Zeitraum 2009/2010 zu erwarten gewesen (in der Summe also 216 000 Euro). Teilt man nun den tatsächlichen Angebotspreis durch den erwarteten, ergibt sich die relative Abweichung des Preises vom Erwartungswert. Diese Abweichung ist auf bei der Berechnung nicht berücksichtigte Einflussfaktoren auf den Preis zurückzuführen (Ausstattungs-, Lage- und Zufallseinflüsse). Mittelt man in einem weiteren Rechenschritt die nicht durch Einflüsse des Baujahrs und der Fläche erklärten Abweichungen im näheren Wohnumfeld um eine Wohnung herum, so ist es wahrscheinlich, dass sich Zufallseinflüsse gänzlich und die Preiseffekte von Ausstattungsunterschieden zwischen Wohnungen gleichen Baujahrs und gleicher Fläche zum Großteil aufheben. Die mittleren Abweichungen lassen also einen Rückschluss auf den Preiseffekt der Wohnlage zu, da die gebietsspezifisch wirksamen Lageeinflüsse (= relativen Nachfrageunterschiede) systematisch auf die Preise aller Wohnungen eines Wohngebiets einwirken und sich nicht „herausmitteln“. Die Preiswirkung der Wohnlage auf die Wohnungspreise sind in der Karte 1 dargestellt.

Karte 1: Wohnlagebedingte Preisaufschläge auf den Angebotspreis von Eigentumswohnungen in Stuttgart in den Jahren 2009 und 2010



Die Zahlungsbereitschaft für Wohnungen mit vergleichbarer Fläche und vergleichbarem Baujahr ist in Zentrumsnähe tendenziell am höchsten; die stärkste Lagegunst weisen in Stuttgart Wohnungen im Innenstadtbezirk West auf

Hohe lagebedingte Zuschläge sind in Zentrumsnähe und insbesondere in den Halbhöhenlagen beobachtbar. Relativ günstige Wohnungen sind tendenziell im nördlichen Stadtgebiet anzutreffen. In allen Innenstadtbezirken sind Lagezuschläge zu zahlen, am höchsten sind die Zuschläge in Stuttgart-West und -Nord. Am günstigsten werden Wohnungen mit ansonsten vergleichbarer Fläche und vergleichbarem Baujahr in Zuffenhausen angeboten (vgl. Tabelle 1).

Alle bisher präsentierten Informationen zusammengefasst (Preiswirkungen der Fläche, des Baujahrs und der Wohnlage) lassen Rückschlüsse auf die in einem Wohngebiet zu erwarteten Quadratmeterpreise für eine zum Verkauf stehende Wohnung zu (die Preiseffekte von Ausstattungsunterschieden lassen sich aufgrund der dafür unzureichenden Datenlage nicht berücksichtigen). Eine Altbauwohnung mit 90 m² Wohnfläche wäre in den Tallagen von Stuttgart-West im Zeitraum 2009/2010 etwa zehn Prozent (vgl. Karte 1) über dem preislichen Durchschnitt in Stuttgart von etwa 1800 €/m² (vgl. Abbildung 2.1) angeboten worden, also für knapp 2000 €/m².

Tabelle 1: Auswirkungen der Wohnlage auf den Angebotspreis von Eigentumswohnungen in den Stadtbezirken Stuttgarts in den Jahren 2009 und 2010 (Stuttgart = 100)

Bezirk	Bezirk	Preisniveau
1	Mitte	108
2	Nord	110
3	Ost	104
4	Süd	105
5	West	112
6	Bad Cannstatt	94
7	Birkach	103
8	Botnang	105
9	Degerloch	107
10	Feuerbach	101
11	Hedelfingen	93
12	Möhringen	100
13	Mühlhausen	92
14	Münster	91
15	Obertürkheim	87
16	Plieningen	94
17	Sillenbuch	107
18	Stammheim	91
19	Untertürkheim	97
20	Vaihingen	104
21	Wangen	97
22	Weilimdorf	93
23	Zuffenhausen	88

Quelle: Immobilienscout24, eigene Berechnungen;
Hochrechnung auf die Bezirksebene durch Gewichtung der gebietsspezifischen Preiszuschläge (dargestellt in Karte 1) mit der Zahl der im jeweiligen Gebiet anzutreffenden, vom Eigentümer selbst bewohnten Eigentumswohnungen.

Preisniveauunterschiede bei Eigentumswohnungen zwischen Stuttgart und den Gemeinden der Region

Mit steigender Entfernung zu Stuttgart sinken die Preise für hinsichtlich der Fläche und des Baujahrs vergleichbare Wohnungen; in den an Stuttgart angrenzenden Landkreisen betragen die Preisabschläge zum Stuttgarter Niveau zwischen 20 und 30 %

Die Preisunterschiede zwischen Stuttgart und den Gemeinden der Region können auf dem gleichen Rechenweg ermittelt werden; letztlich handelt es sich bei diesen Preisunterschieden ebenfalls um relative Nachfrageunterschiede. Würden sie innerhalb einer Gemeinde festgestellt, würden sie als Wohnlageunterschiede bezeichnet: Zunächst wurden flächen- und baujahrsspezifisch die Preisabstände zum durchschnittlichen Preisniveau in der Region festgestellt. Die sich je Wohnung ergebenden Preisabstände zwischen dem tatsächlichen und dem durchschnittlich zu erwartenden Preis wurden dann auf Gemeindeebene gemittelt; diese mittleren Abweichungen sind in der Karte 2 dargestellt. Mit steigendem Abstand zu Stuttgart sinken tendenziell die Preise für hinsichtlich der Fläche und dem Baujahr vergleichbare Wohnungen. Der Einfluss der Entfernung von Stuttgart auf das Preisniveau geht auch aus der Abbildung 3 hervor. Innerhalb des Erstreckungsbereichs des S-Bahn-Netzes, der etwa 30 Straßenkilometer um Stuttgart herum beträgt, bewegt sich das Preisniveau für Eigentumswohnungen etwa 15 bis 25 Prozent unterhalb des Stuttgarter Niveaus. Angebotspreise von zwei Drittel oder weniger des Stuttgarter Preisniveaus sind in Straßenkilometerentfernungen ab 40 km von Stuttgart anzutreffen (vgl. Abbildung 3).

Karte 2: Preisabstand bei hinsichtlich der Fläche und des Baujahres vergleichbaren Wohnungen zwischen Stuttgart und den Gemeinden der Region Stuttgart in den Jahren 2009 und 2010

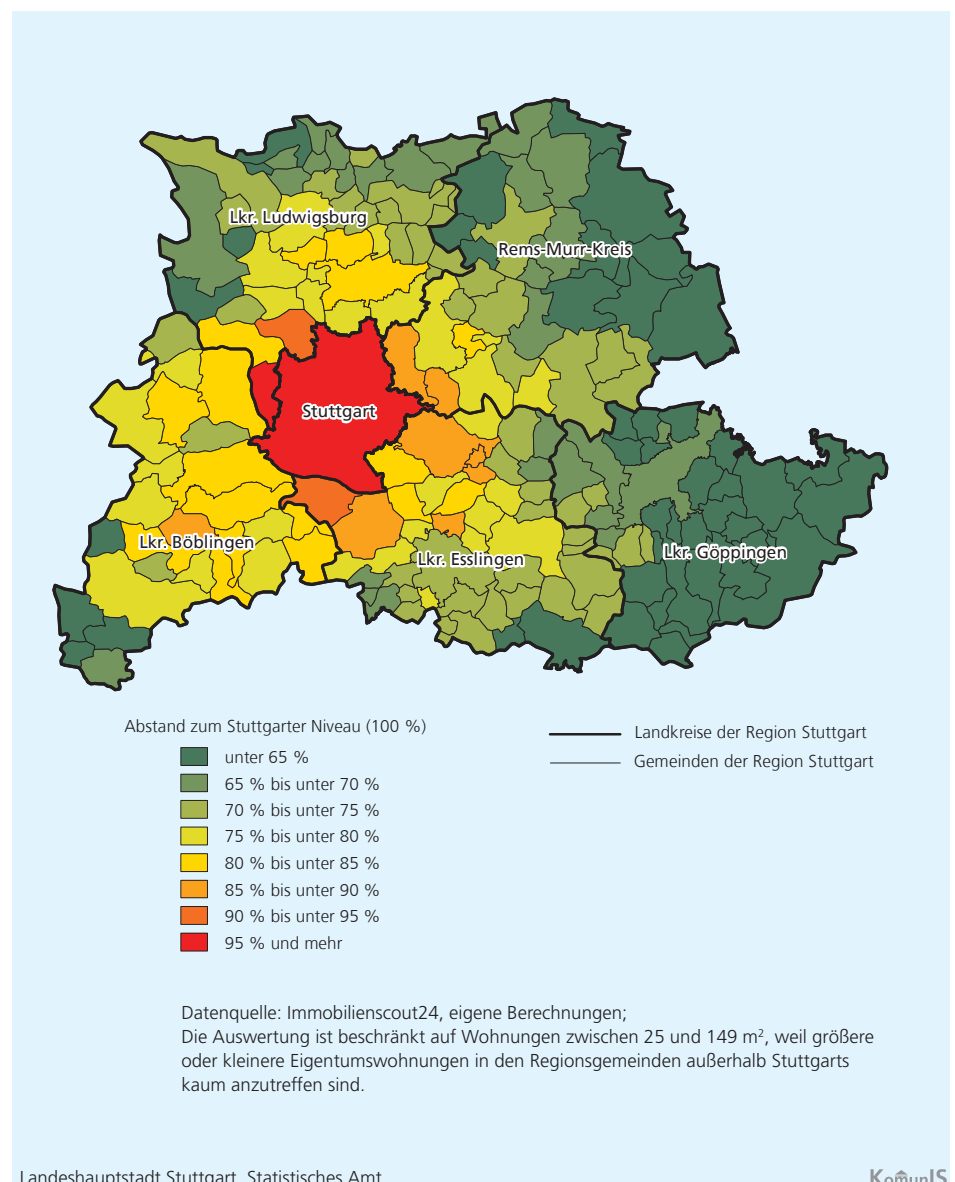
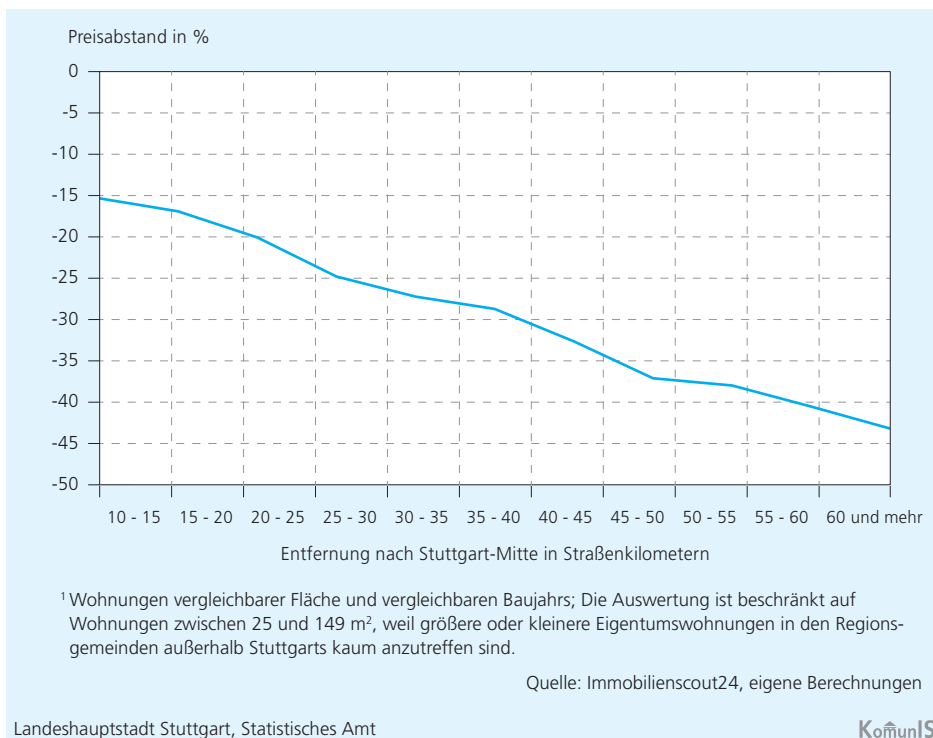


Abbildung 3: Preislicher Abstand bei den zum Kauf stehenden Wohnungen¹ zwischen Stuttgart und den Gemeinden der Region Stuttgart im Zeitraum 2009/2010 nach der Entfernung zu Stuttgart



Insgesamt lagen im Zeitraum 2009/2010 die Angebotspreise für (vergleichbare) Eigentumswohnungen in Stuttgart im Schnitt um etwa 25 Prozent über dem Niveau in den Landkreisen der Region (vgl. Tabelle 2). In den direkt an Stuttgart angrenzenden Landkreisen betrugen die Preisabstände zu Stuttgart zwischen 20 bis 27 Prozent, im Landkreis Göppingen knapp 40 Prozent.

427

Tabelle 2: Preislicher Abstand bei den zum Kauf stehenden Wohnungen¹ zwischen Stuttgart und den Landkreisen der Region Stuttgart im Zeitraum 2009/2010

	Preisabstand für hinsichtlich der Fläche und des Baujahrs vergleichbare Wohnungen in %
Stuttgart	0
Böblingen	-22
Esslingen	-20
Göppingen	-37
Ludwigsburg	-23
Rems-Murr-Kreis	-27
Region ohne Stuttgart	-25
Region insgesamt	-22

¹ Für die Hochrechnung auf das Gemeindeniveau wurden die Gemeindeergebnisse (vgl. Karte 2) mit der Zahl der Eigentumswohnungen gewichtet. Die Auswertung beschränkt sich auf Wohnungen zwischen 25 und 149 m², weil größere oder kleinere Eigentumswohnungen in den Regionsgemeinden außerhalb Stuttgarts kaum anzutreffen sind.

Quelle: Immobilienscout24, eigene Berechnungen

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Autor:
 Ulrich Stein
 Telefon: (0711) 216-98568
 E-Mail: ulrich.stein@stuttgart.de

Inge Heilweck-Backes

Lebensstil und Lebensqualität

Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart“

Auch der Lebensstil prägt die Lebensqualität

Kenntnis einer milieuspezifischen Bürgermeinung ist wichtig

Mit dem Begriff Lebensqualität wird üblicherweise der Grad der Zufriedenheit mit den Faktoren bezeichnet, die die Lebensbedingungen in einer Gesellschaft ausmachen: materieller Wohlstand etwa, Bildungs- und Berufschancen, sozialer Status, Gesundheit¹. Einflussgrößen sind dabei das Alter, das Bildungs- und Einkommensniveau, aber auch der individuell praktizierte Lebensstil prägt das Wohlbefinden.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich neue Lebensstile und Milieus in der Gesellschaft herausgebildet, die höchst unterschiedliche Ansprüche an die Gestalt der Stadt und die städtische Infrastruktur stellen. Lebensstilanalysen erlauben einen fein justierten Einblick in gesellschaftliche Milieus und Trendgruppen. Der selbst gestaltete Lebensentwurf, bestimmt durch das Konsum-, Freizeitverhalten und die Werteorientierung der Individuen, steht dabei im Vordergrund. Für ein zielgruppen-gerechtes Verwaltungshandeln ist die Kenntnis einer milieuspezifischen Bürgermeinung von grundlegender Bedeutung.

Nach den Ergebnissen der 2008 in Stuttgart durchgeführten Lebensstilbefragung wurden Personen, die sich in ihrer Lebensweise und Lebensführung ähnlich waren, zu neun sogenannten Lebensführungstypen² zusammengefasst. Die sozialstrukturelle Synopse der Lebensführungstypen findet sich im Anhang. Auf eine ausführliche Beschreibung der Typologie wurde in diesem Beitrag verzichtet³ und überwiegend die nachfolgende, pointiert formulierte, Typenbezeichnung verwendet.

Pauschalisierte Beschreibung der Lebensführungstypen

Obere Schicht/obere Mittelschicht (Gesellschaftliche Leitmilieus)		28 %
Konservativ Gehobene	Besitzbürgertum	3 %
Liberal Gehobene	Bildungsbürgertum	15 %
Reflexive	Akademisch geprägte Avantgarde	10 %
Mittlere Schicht		47 %
Hedonisten	Moderne Lifestylegeneration	14 %
Aufstiegsorientierte	Leistungsbereiter Mainstream	26 %
Konventionalisten	Kleinbürgertum	7 %
Untere Mittelschicht/untere Schicht		25 %
Traditionelle Arbeiter	Facharbeitertypus	7 %
Heimzentrierte	Familiientypus	14 %
Unterhaltungssuchende	Freizeit- und Erlebnistypus	4 %

Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und mit dem Leben in Stuttgart

Hohe Zufriedenheit mit dem Leben in Stuttgart ...

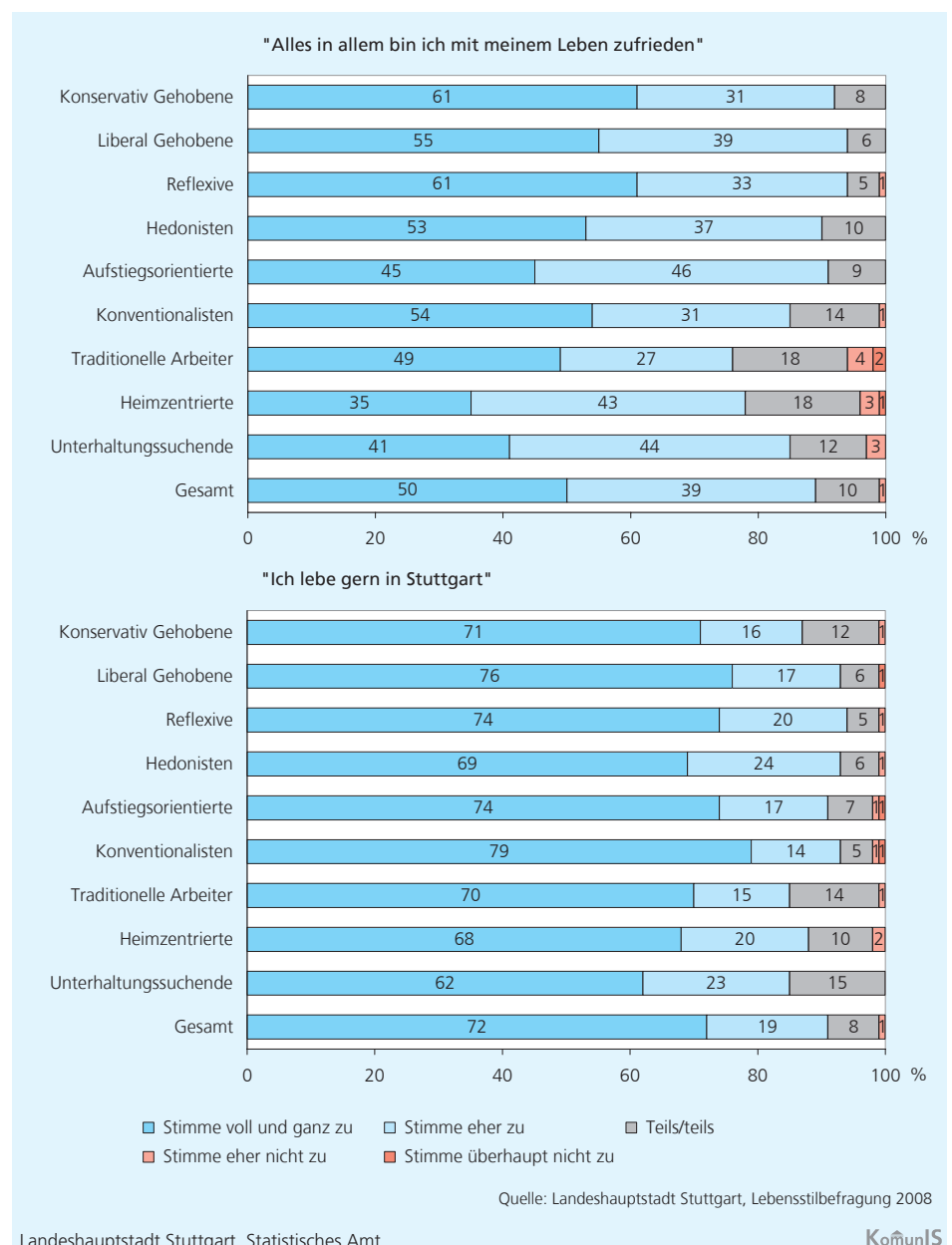
... basiert auf hoher allgemeiner Lebenszufriedenheit

Dennoch: Lebensführungstypen mit niederem Status weniger zufrieden

Die große Beliebtheit Stuttgarts in den Augen seiner Bewohner und Bewohnerinnen zeigt sich in hohen Zustimmungswerten der regelmäßig durchgeführten Bürgerumfragen. 2011 leben 85 Prozent der Stuttgarter gern in Stuttgart, jeder Fünfte bezeichnet das Leben in der Landeshauptstadt als sehr gut, und besonders die Senioren fühlen sich hier wohl.

Auch die Lebensstilumfrage 2008 förderte eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit zu Tage. 89 Prozent der Bevölkerung stimmten der Aussage, „Alles in allem bin ich mit meinem Leben zufrieden“, voll und ganz (50 %) oder eher (39 %) zu. Trotz des hohen Niveaus schwankt der Zufriedenheitswert der einzelnen Lebensführungstypen von minus 12 bis plus 6 Prozentpunkte um den Mittelwert der Gesamtbevölkerung. So sind die gesellschaftlichen Leitmilieus und die Lebensführungstypen der Mittelschicht überdurchschnittlich stark zufrieden, allen voran mit 94 Prozent die Reflexiven. Alle Lebensführungstypen der unteren Mittelschicht und unteren Schicht dagegen bewerten ihre Lebenszufriedenheit ambivalenter und liegen daher unterhalb des städtischen Durchschnittswertes. Die Traditionellen Arbeiter und Heimzentrierten sind „nur“ zu etwa Dreiviertel und damit am wenigsten mit ihrem Lebensentwurf zufrieden.

Abbildung 1: Zufriedenheit der Lebensführungstypen mit dem eigenen Leben und mit dem Leben in Stuttgart 2008



Lebensführungstypen zeigen kaum Unterschiede in der Bewertung „Leben in Stuttgart“

Bei der Zufriedenheit mit dem Wohnort Stuttgart ist die Spreizung der Lebensführungstypen um den Mittelwert geringer. Überwältigende 91 Prozent stimmten der Aussage „Ich lebe gern in Stuttgart“ voll und ganz oder eher zu. Leicht überdurchschnittlich gerne leben neben den Leitmilieus und den Mittelschichttypen auch die Konventionalisten (93 %) in Stuttgart. Die Konservativ Gehobenen sind bei dieser Einschätzung überraschenderweise zurückhaltender, mit 87 Prozent Zustimmung liegen sie knapp unter dem städtischen Durchschnitt. Die „Schlusslichter“ bilden mit immerhin 85 Prozent die Unterhaltungssuchenden und Traditionellen Arbeiter (vgl. Abbildung 1).

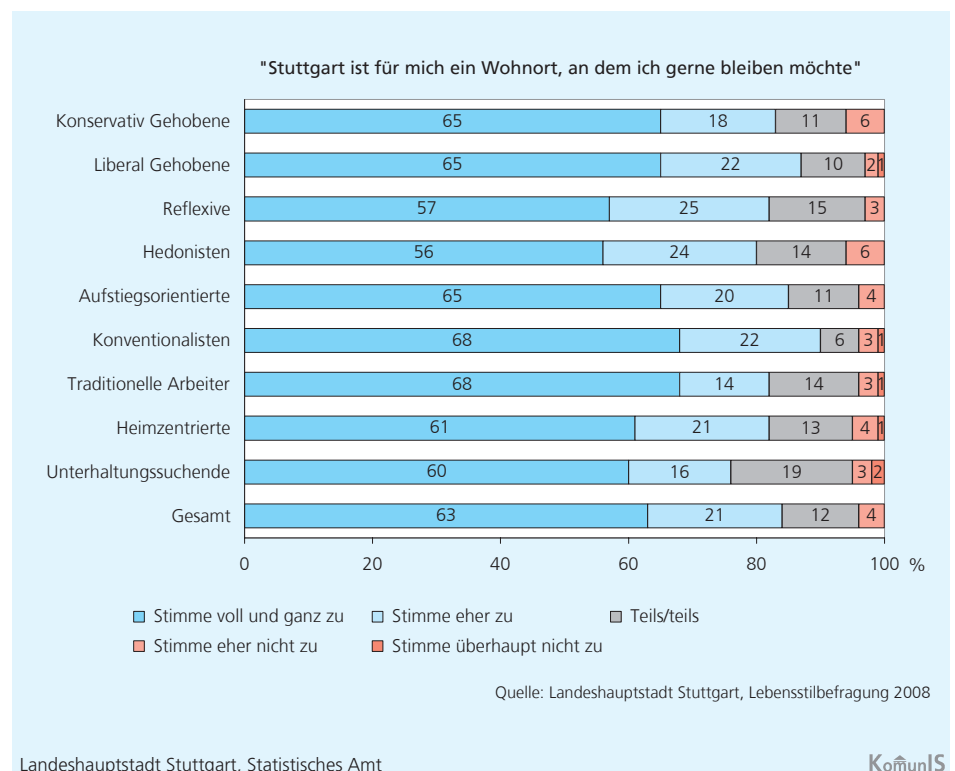
Bindung an Stuttgart

Die Bindung an Stuttgart wurde mit der Aussage, „Stuttgart ist ein Ort, an dem ich gerne bleiben möchte“, gemessen. 84 Prozent der Bevölkerung stimmten dieser Aussage voll und ganz oder eher zu, 12 Prozent sind geteilter Meinung.

Jüngere Lebensführungstypen haben eine leicht geringere Bindung an Stuttgart

Das Antwortverhalten der neun Lebensführungstypen war bei dieser Frage heterogener: Am bodenständigsten erwiesen sich die Konventionalisten (90 %) und Liberal Gehobenen (87 %), die Aufstiegsorientierten liegen mit 85 Prozent im Durchschnitt. Die Konservativ Gehobenen bekannten sich auch in dieser Hinsicht nicht eindeutig zu Stuttgart. Über die Umzugsmotive dieser älteren Personengruppe kann aber nur spekuliert werden (Stadtimage, Infrastrukturangebot, Stadtgröße etc.). Ähnliches gilt auch für die jüngeren Lebensführungstypen, Reflexive, Hedonisten und Unterhaltungssuchende. Ihre (leicht) unterdurchschnittliche Bindung an Stuttgart könnte aber eine Folge der beruflichen Mobilitätserwartung sein (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Bindung der Lebensführungstypen an den Wohnort Stuttgart 2008



Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen

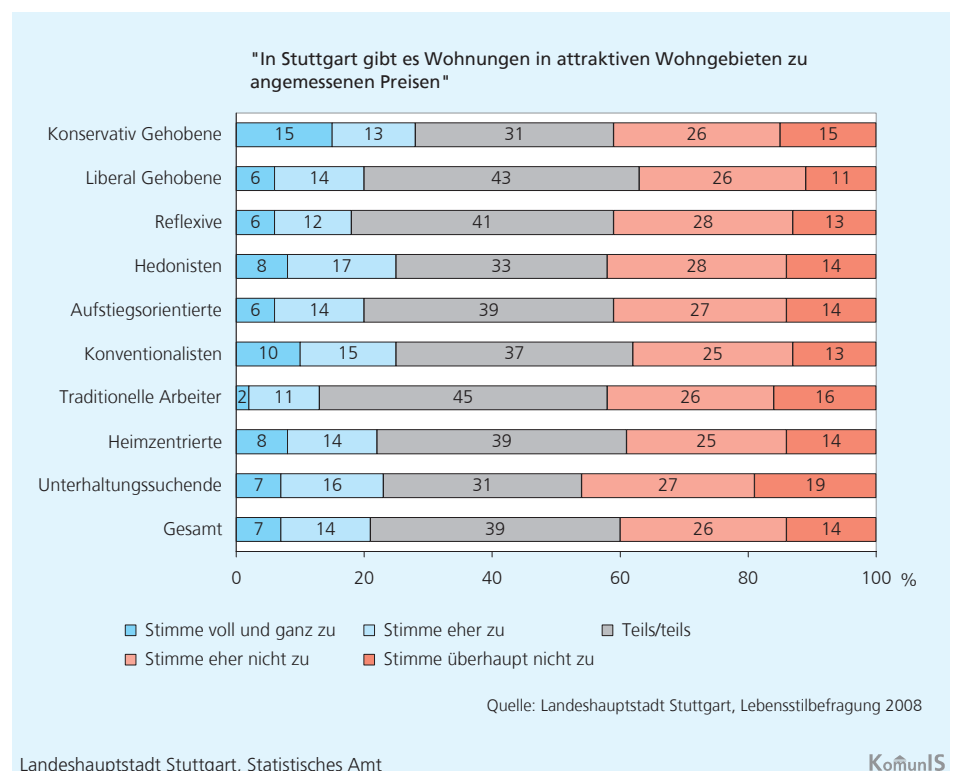
Wohnungsangebot und Preisniveau

Negative Bewertung des Stuttgarter Wohnungsmarktes über alle Lebensführungstypen hinweg

Das knappe Wohnungsangebot und die hohen Stuttgarter Mietpreise stehen seit Jahren in der Dauerkritik, unter den aktuell größten Problemen nehmen sie die vordersten Ränge ein. Der Aussage, „In Stuttgart gibt es Wohnungen in attraktiven Wohngebieten zu angemessenen Preisen“, stimmten 26 Prozent der Bevölkerung eher nicht und 14 Prozent überhaupt nicht zu. 39 Prozent sind geteilter Meinung, sieben Prozent bejahten die Aussage voll und ganz und 14 Prozent stimmten eher zu (vgl. Abbildung 3).

Die Problematik des angespannten Stuttgarter Wohnungsmarktes betrifft alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen, unabhängig vom sozioökonomischen Status oder Lebensstil. So liegen die negativen Stimmen aller Lebensführungstypen nahe dem Mittelwert. Einzige Ausnahme sind die Unterhaltungssuchenden, die sich mit einem Plus von fünf Prozentpunkten in der Kategorie stimme überhaupt nicht zu, am unzufriedensten gaben, oder die Traditionellen Arbeiter, die durch die Antwort teils/teils deutlich öfter als andere Typen ihre Unsicherheit ausdrückten.

Abbildung 3: Einschätzung des Wohnungsangebotes durch die Lebensführungstypen 2008

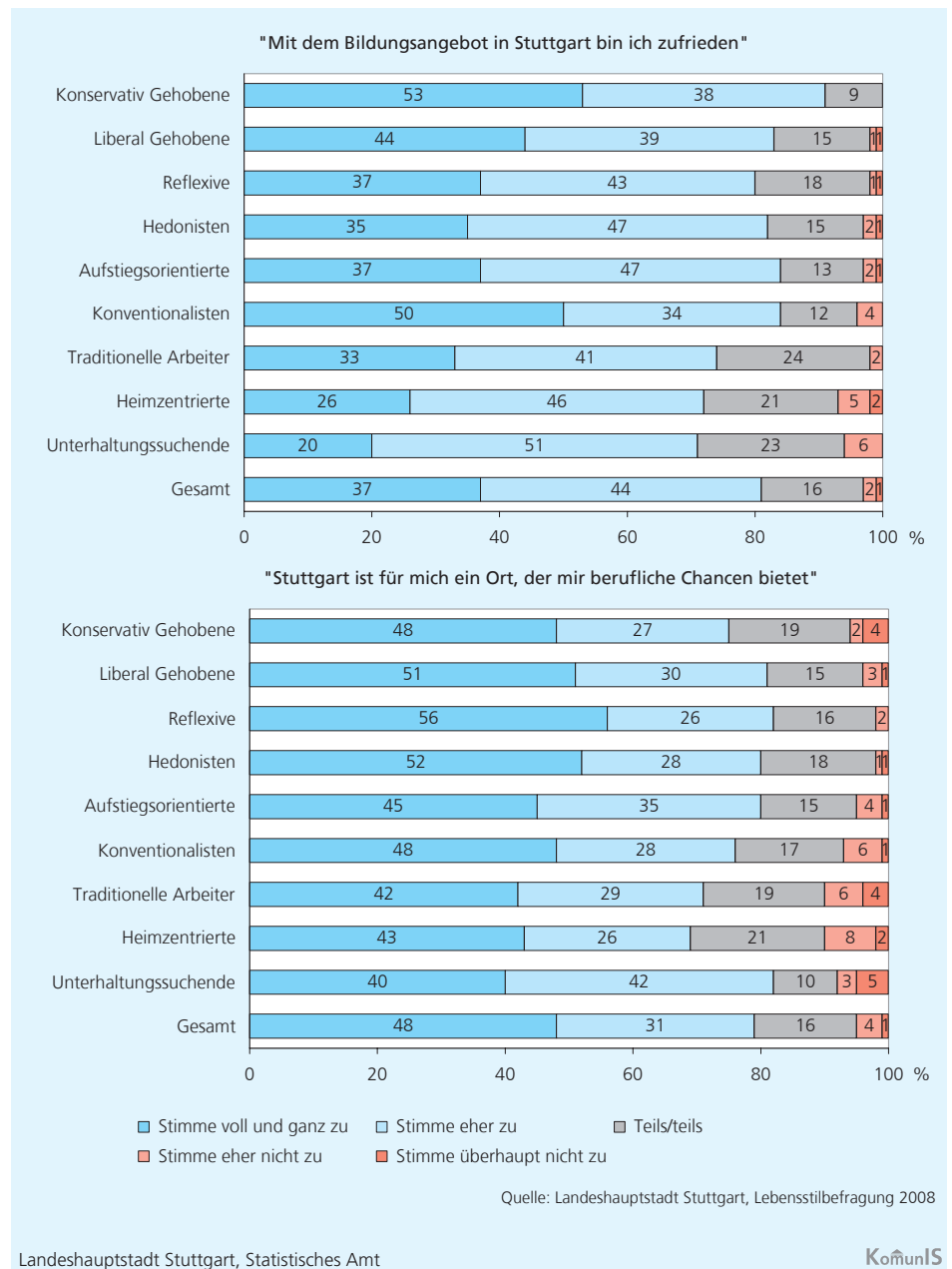


Bildungsangebot und berufliche Chancen

Untere Mittelschicht und untere Schicht schätzen Bildungsangebot und berufliche Chancen in Stuttgart schlechter ein

Das Bildungsangebot und die beruflichen Chancen, die Stuttgart bietet, werden von der Bevölkerung sehr optimistisch eingeschätzt. 81 Prozent sind damit voll und ganz oder eher zufrieden. Die Mittelschichttypen und die Leitmilieus bewerten das Bildungsangebot besser als Traditionelle Arbeiter, Heimzentrierte und ganz besonders die Unterhaltungssuchenden. Auch die beruflichen Chancen werden von der unteren Mittelschicht und unteren Schicht mit Ausnahme der jungen Unterhaltungssuchenden nicht ganz so rosig gesehen (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Zufriedenheit der Lebensführungstypen mit dem Bildungsangebot und den beruflichen Chancen 2008

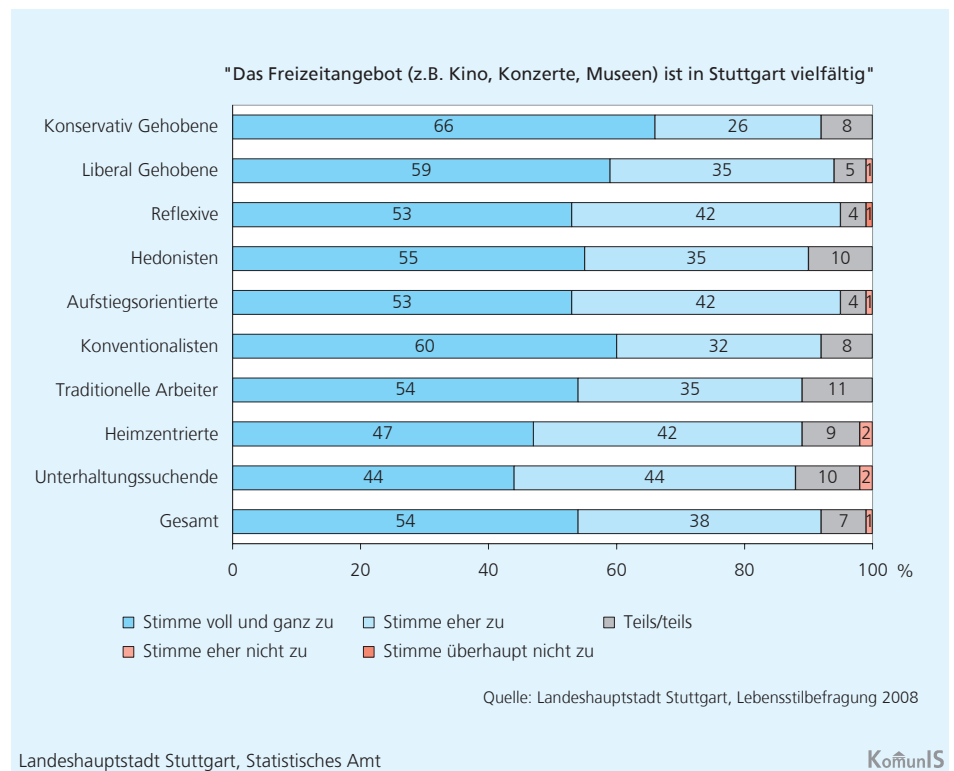


Freizeitangebot

Kaum Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot

Die Zufriedenheit mit dem Angebot an Kultur-, Sporteinrichtungen und sonstigen Freizeitaktivitäten ist ein weiterer Faktor städtischer Lebensqualität. Mit 92 Prozent ist man in Stuttgart fast einstimmig der Meinung, dass das Freizeitangebot vielfältig ist. 54 Prozent stimmten dem voll und ganz, 38 Prozent eher zu. Am zufriedensten zeigten sich die Aufstiegsorientierten und Reflexiven (95 %), am wenigsten zufrieden die Unterhaltungssuchenden (88 %).

Abbildung 5: Zufriedenheit der Lebensführungstypen mit dem Freizeitangebot 2008



Sicherheit in der Stadt

Stuttgart gilt im bundesweiten Vergleich als sichere Stadt. 70 Prozent der Befragten stimmten dieser Aussage voll und ganz oder eher zu, ein Viertel findet dies nur teilweise zutreffend, und nur eine verschwindend geringe Zahl von vier Prozent bezeichnet Stuttgart als eine unsichere Stadt.

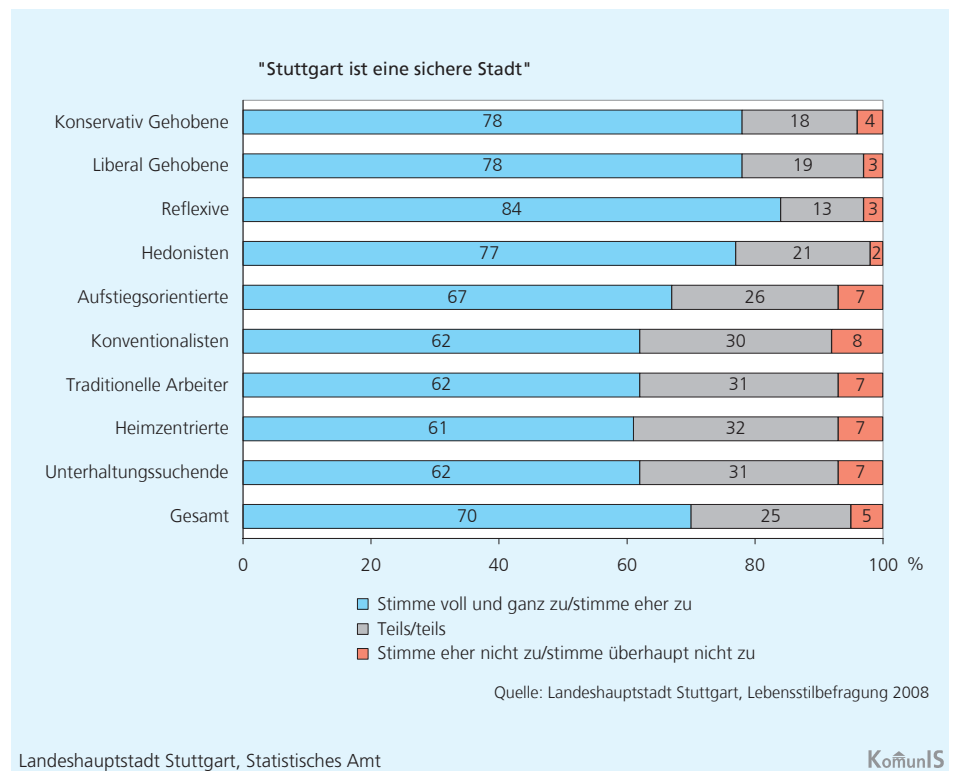
Erkennbarer Zusammenhang zwischen Lebensstil und Sicherheitsempfinden

In Abbildung 6 lässt sich deutlich einen Zusammenhang zwischen der Sicherheitsfrage und dem Lebensstil erkennen. Die Leitmilieus und Hedonisten liegen in der positiven Einschätzung der Sicherheitslage zwischen 7 und 14 Prozentpunkten über dem Mittelwert, während sich die pessimistische Sicht der mittleren und unteren Schicht, von den Aufstiegsorientierten bis zu den Unterhaltungssuchenden, in Abweichungen von bis zu minus neun Prozentpunkten vom Durchschnittswert zeigt. Die markanten Unterschiede der Lebensführungstypen in der Beurteilung der Sicherheitsfrage sind im Wesentlichen auf das Bildungsniveau zurückzuführen, das Alter an sich spielt eine geringe Rolle. So haben zum Beispiel die Konservativ Gehobenen mit einem Durchschnittsalter von 62 Jahren ein hohes positives Sicherheitsempfinden, während die Unterhaltungssuchenden, der jüngste Lebensführungstypus, ihr mangelndes Sicherheitsgefühl in einer unterdurchschnittlichen Zustimmung von 62 Prozent und einem teils/teils-Anteil von 31 Prozent ausgedrückt haben. Diese Angst teilten die ebenfalls jungen Hedonisten (stimme voll und ganz/eher zu: 77 %) aber ganz und gar nicht.

Lebensführungstypen mit geringerer Bildung sind ängstlicher

Die pauschale Folgerung, je höher das Bildungsniveau desto weniger ist Angst in der Bevölkerung verbreitet, ist richtig und greift doch zu kurz. Denn, es ist auch eine Frage des Lebensstils, der auf einer bestimmten Werteorientierung basierenden Lebensweise, die den Umgang mit gesellschaftlichen Phänomenen prägt.

Abbildung 6: Sicherheit in Stuttgart 2008



Toleranz und Offenheit als „weicher“ Standortfaktor

Offenheit und Toleranz in der Stadt

Seit Richard Florida⁴ in seinen wegweisenden Studien auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg von Städten und ihrer Anziehungskraft auf kreative Menschen aufmerksam machte, hat sich die Toleranz und Offenheit einer Stadt gegenüber anderen Kulturen und Minderheiten zunehmend zu einem (weichen) Standortfaktor entwickelt. Für die Messung von Toleranz gibt es inzwischen zahlreiche Indikatoren und Indexwerte.

In diesem Beitrag geht es aber weniger um die Toleranzfähigkeit der Menschen, als um ihre Einschätzung zum Toleranzklima der Stadt. Der Aussage, „Stuttgart ist eine offene und tolerante Stadt“, stimmten zwei Drittel der Befragten voll und ganz oder eher zu, ein gutes Viertel nur zum Teil, sieben Prozent konnten sich dieser Aussage nicht anschließen.

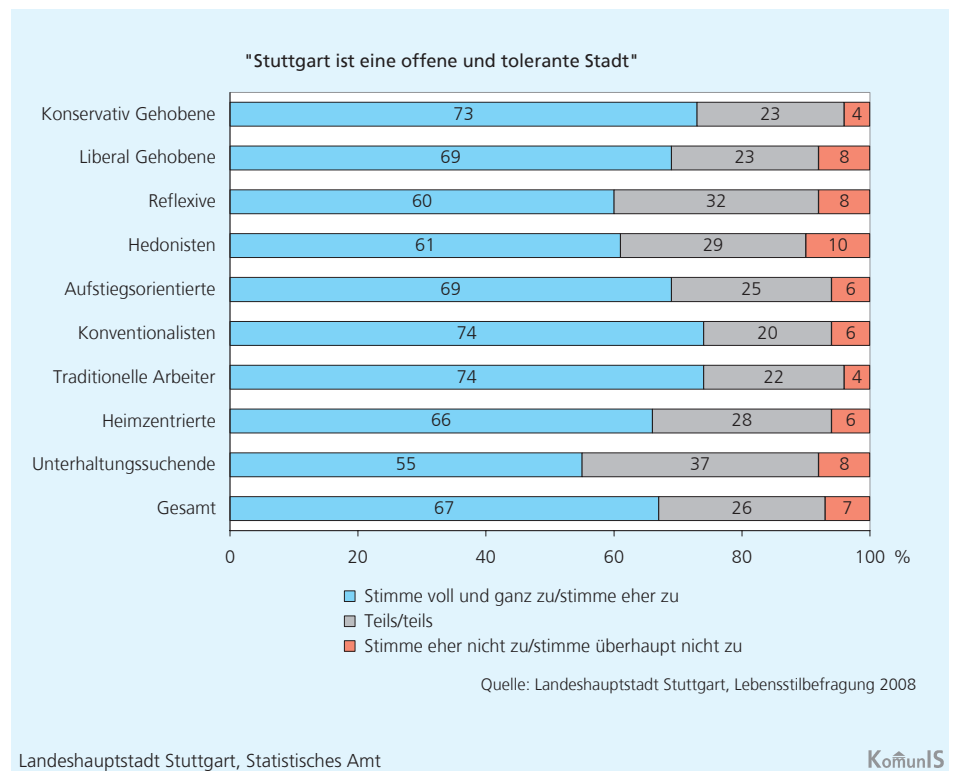
Ältere Personen schätzen Stuttgart offener und toleranter ein

Der Blick auf Abbildung 7 zeigt unter den Lebensführungstypen ein uneinheitliches Bild. Drei Viertel der gut gebildeten, älteren Personengruppe der Konservativ Gehobenen, aber auch der weniger qualifizierten Konventionalisten und Traditionellen Arbeiter empfinden Stuttgart als sehr tolerant (74 %). Die jüngeren Lebensführungstypen sehen dies eher kritisch. Sowohl Reflexive als auch Hedonisten stimmen „nur“ zu 60 Prozent zu, die Unterhaltungssuchenden gar nur zu 55 Prozent.

Einschätzung des Toleranzklimas wird auch durch den Lebensstil geprägt

Die Auswertung nach dem Alter der Befragten ergab einen sehr hohen Toleranzwert unter den über 55-Jährigen (80 %), alle anderen Altersgruppen lagen aber nahe um den Mittelwert (62 %). Auch der Faktor Bildung ist kein eindeutig differenzierendes Merkmal. Mit zunehmendem Bildungsniveau war eine leicht kritischere Haltung zum Toleranzklima feststellbar. Die Meinungsdiversität der Lebensführungstypen hinsichtlich Offenheit und Toleranz der Stadt scheint daher mit Sicherheit auch endogene, im Lebensstil begründete, Ursachen zu haben.

Abbildung 7: Offenheit und Toleranz in Stuttgart 2008



Fazit

Lebensstilanalysen ermöglichen ganzheitliche Sicht des Menschen

Die 2008 durchgeführte Lebensstilbefragung machte es zum ersten Mal möglich, die Stuttgarter Bevölkerung über die herkömmlichen soziodemografischen Merkmale hinaus präziser zu beschreiben und zu klassifizieren. In einer ganzheitlichen Sichtweise wurden die Menschen nach ihren demografischen Eigenschaften und ihrem Verhalten in der faktischen Lebenswelt entsprechend ihren Alltags- und Konsumgewohnheiten, ihrem Freizeitstil und ihrer Werteorientierung zu Zielgruppen und Milieus zusammen geführt.

Einsatz der Lebensführungstypologie nach Prof. G. Otte

Zum Einsatz kam die Lebensführungstypologie des Sozialwissenschaftlers Gunnar Otte: Danach gehören 26 Prozent der Stuttgarter Bevölkerung den gesellschaftlichen Leitmilieus der Konservativ Gehobenen, Liberal Gehobenen und Reflexiven an. Die Mitte der Gesellschaft wird mit 47 Prozent durch den leistungsbereiten Aufstiegsertypus, den hedonistisch geprägten Lifestyletyp und die eher einer kleinbürgerlichen Welt nahe stehenden Konventionalisten repräsentiert. Der heimzentrierte Familientypus, die traditionellen (Fach-)arbeiter, sowie der Freizeit- und Erlebnistyp zählen zur 25 Prozent starken unteren Mittelschicht oder unteren Schicht.

Disparität in der Lebenszufriedenheit zwischen Leitmilieus und Milieus mittlerer und niederer Schichten

In diesem Beitrag steht die Beurteilung der Lebensqualität durch die Lebensführungstypen im Fokus. Die überaus hohe Zufriedenheit der Gesamtbevölkerung mit dem eigenen Leben und mit dem Leben in Stuttgart mit Zustimmungswerten (voll und ganz/eher) um 90 Prozent zeigt natürlich nur ein gering abweichendes Meinungsspektrum unter den Lebensführungstypen. Dennoch ist eine gewisse Disparität zu erkennen zwischen den sich höchst zufriedengebenden Leitmilieus und Mittelschichttypen einerseits, und den merklich weniger zufriedenen Lebensführungstypen der unteren Mittelschicht und unteren Schicht andererseits mit Abweichungen von minus 12 bis plus 6 Prozentpunkten um den Mittelwert.

Das Antwortverhalten in Bezug auf die Bindung an Stuttgart erwies sich als heterogener. Am bodenständigsten gaben sich die Konventionalisten und Liberal Gehobenen, während die Konservativ Gehobenen aber auch die jüngeren Lebens-

In einigen Lebensbereichen sind nur geringe Bewertungsunterschiede zwischen den Lebensführungstypen feststellbar

führungstypen, Reflexive, Hedonisten, Unterhaltungssuchende, vermutlich als Folge beruflicher Mobilitätserwartungen, durch eine eher unterdurchschnittliche Bindung auffallen.

In der Bewertung der einzelnen Lebensbereiche war die Artikulation der Lebensführungstypen differenzierter. Das Bildungsangebot und die beruflichen Chancen in Stuttgart wurden mit insgesamt 81 Prozent sehr optimistisch eingeschätzt. Aber auch hier gibt es wieder eine gewisse Diskrepanz zwischen Oberschicht/Mittelschicht und unterer Mittelschicht/unterer Schicht. Am wenigsten mit dem Bildungsangebot zufrieden waren die Unterhaltungssuchenden, am wenigstens zufrieden mit den beruflichen Chancen waren Traditionelle Arbeiter, Heimzentrierte und überraschenderweise Konservativ Gehobene.

Mit dem Freizeitangebot sind alle Lebensführungstypen gleichermaßen sehr zufrieden. Einstimmige Unzufriedenheit herrscht beim Thema Wohnungsmarkt. 40 Prozent der Befragten bewerten das Wohnungsangebot sehr negativ, die am wenigsten zufriedenen Unterhaltungssuchenden sogar zu 47 Prozent.

Die Meinung zur städtischen Sicherheit und Toleranz ist auch vom Lebensstil abhängig

Die Einschätzung zur Sicherheit der Stadt zeigt deutlich eine lebensstilspezifische Prägung. Leitmilieus und Hedonisten sehen die Sicherheitslage optimistischer als die mittlere und untere Schicht. Die Beurteilungsunterschiede der Lebensführungstypen sind bildungsabhängig, das Alter spielt nur eine geringe Rolle. So haben zum Beispiel die Konservativ Gehobenen mit einem Durchschnittsalter von 62 Jahren ein hohes positives Sicherheitsempfinden, 78 Prozent stimmten voll/eher zu, während die Unterhaltungssuchenden, der jüngste Lebensführungstypus, ihr mangelndes Sicherheitsgefühl in einer unterdurchschnittlichen Zustimmung von 62 Prozent ausdrückten, die ebenfalls jungen Hedonisten diese Angst wiederum ganz und gar nicht teilten. Eine Affinität zum Lebensstil gibt es auch bei der Toleranzeinschätzung von Stuttgart. Im Gegensatz zur Sicherheitsfrage ist hier aber kaum das Alter und noch weniger die Bildung ein eindeutiges Unterscheidungsmerkmal.

Die Kenntnis einer milieuspezifischen Bürgermeinung ist für Verwaltung und Stadtentwicklung von grundlegender Bedeutung

Die Messung der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der Lebensqualität durch die Bevölkerung hat in den regelmäßigen Bürgerumfragen einen festen Platz. Auch auf europäischer Ebene werden im Rahmen des Urban Audit-Projekts Indikatoren bereitgestellt, die das Wohlfühlen der Bevölkerung anzeigen. Das Interesse an solchen dem Bruttoinlandsprodukt vergleichbaren Maßzahlen ist vorhanden. Die Implementierung ergänzender, Lebensstil aussagender Befragungselemente in den Bürgerumfragen hätte einen zielgruppengenauen Informationsmehrwert zur Folge.

Autorin:
Inge Heilweck-Backes
Telefon: (0711) 216-98580
E-Mail: inge.heilweck-backes@stuttgart.de

Datenaufbereitung:
Matthias Strauß
Telefon: (0711) 216-98575
E-Mail: matthias.strauss@stuttgart.de

1 Siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Lebensqualität>, Stand 29.11.2011.

2 Zum Einsatz kam die Lebensführungstypologie nach Gunnar Otte. Otte, Gunnar: Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen (Hrsg. Stefan Hradil). Wiesbaden 2004, 400 S.

3 Vgl. Heilweck-Backes, Inge: Lebensstilspezifische Wohnwünsche der Stuttgarter Bevölkerung. Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart 2008“. In: Statistik und Informationsmanagement, Hrsg. Landeshauptstadt Stuttgart, Monatsheft 6/2011, S. 187- 190.

4 Florida, Richard: The Rise of the Creative Class. New York 2000. Schöb, Anke: Stuttgart im europäischen Städtevergleich. Ergebnisse der dritten europäischen Urban Audit-Befragung 2009. In: Statistik und Informationsmanagement, Hrsg. Landeshauptstadt Stuttgart, Monatsheft 11/2010, S. 253.

Anhang

Tabelle 1: Sozialstrukturelle Synopse der Lebensführungstypen in Stuttgart 2008

Lebensführungstyp	Anzahl	Anteil	Durchschnitts- alter (Median)	Frauen- anteil	Anteil Nicht- deutscher ¹	Bildung ²	Monatliches Haushalts- netto- einkommen ³	Haushaltstyp			
		%	Jahre				%	Single	Paar ohne Kinder im Haushalt	Paar mit Kinder unter 18 Jahre	in WG, bei Eltern/ Verwandten wohnend
1 Konservativ Gehobene	93	3	++ (62)	++ (61)	-- (3)	++ (77)	++ (56)	O (21)	++ (53)	- (20)	- (5)
2 Liberal Gehobene	421	15	+ (50)	O (52)	- (7)	++ (67)	++ (59)	O (20)	O (46)	+ (28)	O (7)
3 Reflexive	275	10	-- (39)	- (47)	- (9)	++ (77)	++ (60)	- (19)	+ (50)	-- (14)	++ (16)
4 Hedonisten	393	14	-- (36)	- (45)	O (12)	++ (57)	O (33)	+ (25)	- (41)	-- (15)	++ (19)
5 Aufstiegsorientierte	759	26	O (48)	O (54)	O (12)	- (45)	- (30)	O (21)	O (48)	+ (27)	- (5)
6 Konventionalisten	196	7	++ (65)	++ (66)	-- (4)	-- (29)	-- (16)	++ (28)	O (47)	O (22)	-- (3)
7 Traditionelle Arbeiter	190	7	++ (65)	++ (59)	O (14)	-- (15)	-- (7)	+ (25)	++ (55)	- (18)	-- (2)
8 Heimzentrierte	394	14	O (46)	- (48)	++ (20)	-- (27)	-- (14)	O (22)	- (40)	++ (32)	- (6)
9 Unterhaltungssuchende	124	4	-- (33)	- (48)	++ (21)	-- (40)	-- (17)	O (23)	- (41)	-- (16)	++ (20)
Gesamt	2845	100	47	52	12	48	33	22	46	23	9

-- stark unterdurchschnittlich; - unterdurchschnittlich; o durchschnittlich; + überdurchschnittlich; ++ stark überdurchschnittlich

¹ Nur nichtdeutsche Staatsangehörigkeit.

² Anteil höchster Schul-/Hochschulabschluss Fachhochschulreife/Abitur, Fachhochschul-/ und Berufsakademieabschluss und Universitätsabschluss.

³ Anteil Einkommen 3000 Euro und mehr. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in Baden-Württemberg beträgt 3329 Euro (Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008).

Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Lebensstilbefragung 2008

Ihre Meinung ist gefragt!



Die Ergebnisse der Bürgerumfrage 2009 in der Gesamtschau

mit Beiträgen von:

Anke Schöb
Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2009

Jochen Gieck
Verkehrsmittelwahl und Fahrradnutzung

Joachim Eicken, Birgitt Lott
Das Ehrenamt in Stuttgart

Jodok Orb
Wie die Stuttgarter ihren Gesundheitszustand einschätzen

Dr. Martin Schairer, Anke Schöb, Thomas Schwarz
Öffentliche Sicherheit in Stuttgart
Das Sicherheitsgefühl ist so wichtig wie die Kriminalstatistik
Ergebnisse der Bürgerumfragen von 1999 bis 2009

2009, 425 Seiten, zahlreiche Tabellen, Grafiken

11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Stuttgart in Zahlen

Das Statistische Jahrbuch 2008/2009



Rund

50 000 aktuelle Zahlen

zum
wirtschaftlichen, sozialen und
kulturellen Leben in Stuttgart

mit Großstadt- und Regionalvergleich

59. Jahrgang 2008/2009

ISSN 1431-0988

380 Seiten, 119 Grafiken,
310 Tabellen,
2 Übersichtskarten

13 € (zuzüglich Versandkosten)

Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Veröffentlichungen zu den Themen:

Inge Heilweck-Backes:

Lebensstilspezifische Wohnwünsche der Stuttgarter Bevölkerung
Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart 2008“,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 6/2011, S. 184-222

Wohnungsbau in Stuttgart 2010,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 5/2011, S. 156-161

Ansgar Schmitz-Veltin:

Entwicklung der Haupt- und Nebenwohnungen in Stuttgart im Jahr 2010,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 5/2011, S. 162-172

Die Einwohnerentwicklung Stuttgarts im Jahr 2010: Zweitwohnungssteuer
und Geburtenüberschuss,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/2009, S. 295

Michael Haußmann:

Briefwahlantrag online immer beliebter,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 1/2011, S. 3